

Radikal, Solidarisch & Internationalistisch

Programm für MERA25 Berlin



Wir sind Partei und Bewegung für radikale Demokratie, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität. In einer Stadt, in der globale Kämpfe und lokale Krisen untrennbar miteinander verwoben sind, stellen wir uns entschieden gegen Ausbeutung und Unterdrückung: gegen Mietenwahnsinn und Gentrifizierung, gegen Klimazerstörung und Kriegspolitik, gegen Rassismus, rechte Gewalt und gegen eine Polizei, die nichts schützt außer Staat und Kapital.

Unsere Antwort auf Krise und Unterdrückung: Solidarität und Widerstand.

MERA25: Nicht nur eine weitere Partei

- *Internationalistisch* - Wir bringen einen Internationalismus zurück in die Politik, der konkret und solidarisch ist. Wir sind untrennbarer Teil der europäischen Bewegung Demokratie in Europa 2025 (DiEM25) und der Progressiven Internationale.
- *Visionär* - Unsere Ziele sind visionär. Sie sind grundsätzlicher als die visions- und verantwortungslose Politik der kleinen Schritte und Verschleppungstaktik. Sie gehen über die üblichen Vorschläge zu einzelnen Themen hinaus, die nicht ausreichend sind.
- *Radikal* - Macht als Selbstzweck akzeptieren wir nicht. Wir sind überzeugt, dass sich Potenziale, Energie und Ressourcen vielfältig entfalten, wenn die Macht sich nicht mehr in den Händen der Wenigen konzentriert, sondern die Stimme der Vielen widerspiegelt.
- *Unabhängig* - Wir nehmen keine Spenden von Institutionen oder Unternehmen an und bleiben damit unabhängig. So können wir uns für unsere Inhalte einsetzen und sind nicht erpressbar.
- *Solidarisch* - Wir stehen praktisch und politisch an der Seite derjenigen, die von Ausbeutung, Diskriminierung und Verdrängung betroffen sind. Erhalten wir Geld über Mandate oder andere staatliche Finanzierung, werden wir damit auch solidarische Projekte unterstützen, die Menschen mit ihren alltäglichen Problemen in unserem Wirtschaftssystem direkt und unmittelbar helfen.

Ein Programm für die Vielen

Wohlstand für die Vielen statt Reichtum für die Wenigen, das ist unser Ziel.

Deshalb wollen wir uns auch den größten Fragen unserer Zeit widmen: Wer darf entscheiden und besitzen? Und wer nicht?

Das beginnt mit der Europäischen Union. Ganze Politikbereiche sind heute weitgehend der Demokratie entzogen, indem sie als „unpolitisch“, „rein technisch“ oder „neutral“ erklärt werden. **Wir kämpfen gegen die Depolitisierung und für eine Politik über Grenzen hinaus, für ein vereintes demokratisches Europa der Regionen.**

Für uns endet echte Demokratie und geteilter Wohlstand jedoch nicht an den Türen der Parlamente. **Auch lokal in Politik und Wirtschaft in Berlin muss gelten: Ein Mensch, eine Stimme.** Gemeingüter wollen wir demokratisieren und gesellschaftlichen Wohlstand gerecht teilen. In einer vielfältigen Gesellschaft garantieren wir allen Menschen ein sicheres und würdevolles Leben. Unser Ziel ist ein gerechtes, solidarisches und fortschrittliches Berlin.

Doch wir wollen weiter zuhören, lernen und diskutieren – mit dir! Denn dieses Programm ist erst der Anfang.

Unser Ziel: Ein Berlin, das nicht gegen seine Bewohner:innen arbeitet, sondern für sie da ist.

18.4.2026, MERA25 Berlin



Inhalt

1) Investieren: Wohlstand für die Vielen	9
Wohlstand für die Vielen: Ein Berliner Grundeinkommen	9
Unsere Fesseln lösen: Ein Volksentscheid zur Abschaffung der Berliner Schuldenbremse	10
Direkt Anpacken: Aussetzung der Schuldenbremse	10
Über Berlin hinaus: Die Wenigen müssen Verantwortung übernehmen	11
Gute lokale Zusammenarbeit: Eine angemessene Gewerbesteuer	11
Im Dienst der Einwohner:innen: Gute Ausstattung der Finanzämter	11
Gerechte Transformation: Skalierung der Investitionsförderung	12
Fonds für quartiersbezogene Teilhabe und Inklusion	12
In Berlin: Einführung einer Villensteuer	12
Im Bund: Einführung einer progressiven Reichensteuer	13
2) Arbeit: Faire Jobs statt Ausbeutung	13
Zusammen: Gesellschaftliche Teilhabe	13
Lohn: Gerecht und tarifgebunden	14
Ausreichend Zeit: Vier-Tage-Woche einführen	14
Sicherheit für Alle: Eine öffentliche Jobgarantie	14
Arbeitssicherheit: Keine tödlichen Arbeitsunfälle	15
Care Arbeit (Sorgearbeit) ist Arbeit	15
Persönliche Assistenz als Recht und als Arbeit anerkennen	16
Im ganzen Leben: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	16
Nach der Geburt: Einfacher Wiedereinstieg in den Job	16
Im Alter: Eine bedingungslose Rentengarantie	17
Das Mindeste: Staatliche Sozialfürsorge	17
Ausgliederung und Privatisierung: Stoppen und zurückführen	17
Öffentliche Jobs: Für das Recht auf gute Arbeit	18
Private Jobs: Gute Arbeitsplätze in Berliner Unternehmen	18
Kleine Berliner Geschäfte: Gegen den Einheitsbrei der Innenstädte	18
3) Energie- und Lebenskosten: Nachhaltige und bezahlbare Versorgung für Menschen und Wirtschaft	19
In Notlagen: Spürbare Entlastung für die Vielen	19
Im Katastrophenfall: Schnelle Notversorgung	20
Vergesellschaftung: Energieversorgung in Bürger:innenhand	20
Solar: Energiegewinnung überall	20
Wärmenetzwerke: Umfangreiche Nutzung	21
Wärmepumpen und Dämmung: Großzügige Förderung	21
Selbst machen: Recht auf Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien	21
Lebenselixier: Wasserversorgung als öffentliches Gut	21
Entscheiden: Der Green New Deal von Unten	22
Preisdeckel: Energie- und Lebenskostenkrise stoppen	22
4) Leben in Berlin: Gemeinsame Entwicklung von Bauen und Wohnen	22
Vergesellschaftung: Vonovia und Co. im Sinne von DWE enteignen	23

Stadtentwicklung von Unten: Gemeinschaftsflächen und -räume schaffen	23
Gemeinsam: Kommunale Wohnungsbestände demokratisch verwalten	24
Eigentum: Vorkaufsrechte wahrnehmen	24
Mietendeckel: Wohnraum muss bezahlbar sein	24
Obdachlosigkeit: Behausung zuerst (Housing First)	24
Recht auf Boden: Öffentliches Gut	25
Natur: Hochwasser- und Umweltschutz im Einklang	25
Kapital: Spekulation mit Wohnraum verhindern	25
Bauen: Kommunal statt privat	26
Ökologisch, sozial, inklusiv und kreativ: Klimaneutraler Umbau statt Neubau	26
Leerstand beenden: Räume gesellschaftlich nutzen	26
Schutz: Zwangsräumungen abschaffen	26
5) Verkehr: Freie Mobilität und sichere Versorgung	27
Einen Schritt weiter: Das 0-Euro-Ticket für Berlin	27
Freie Fahrt für Berliner:innen aufs Land	27
Alles bequem erreichbar: In der Fahrradstadt Berlin	27
Leise, geschäftig und gemütlich: Die autofreie Innenstadt	28
Ökologische Prioritäten: Veraltete Projekte stoppen	28
Eine modernes Netz aus Bus, Tram, U-Bahn und S-Bahn: Pünktlich und im Takt	29
Geteilte Mobilität: Elektrisch und klimaneutral	29
Mobilität der Vielen: Verkehrskonzepte gemeinsam erarbeiten	29
Sozialer Ausbau des gesamten Berliner Nahverkehrs	30
Mobilität heißt Barrierefreiheit	30
Wohnortnah: Aufbau von Versorgungszentren	30
Der Berliner Flughafen: Teuren Ausbau stoppen	30
6) Wirtschaft: Demokratische Vergesellschaftung	30
Einführung von gesellschaftseigenen Unternehmen für die demokratisch-sozial-ökologische Transformation	31
Berliner Tech-Konzerne vergesellschaften	31
Förderung solidarischer, klimaneutraler und demokratischer Wirtschaftsstrukturen	32
Kein Müll sondern ein geschlossener Wirtschaftskreislauf	32
Praktischer Tausch: Online und offline	32
Genossenschaften & Gemeinschaftsbildung als Fokus	32
Berlin zur Apartheid-freien Zone machen	33
7) Klimaschutz: Lokal handeln, global schützen	33
Klimanotstand ausrufen: Veränderung sofort beginnen	33
Grüne Lungen: Entsiegelung der Stadt	33
Klimaschutz-Kooperation mit Brandenburg	34
Förderprogramme für klimaneutrale Quartiere	34
Bürger:innenräte im Kiez für lokale Klimapläne	34
8) Frieden: Für ein antimilitaristisches Berlin	34
Berlin: Stadt der Diplomatie	35
Antimilitarismus: Gegen die Militarisierung Berlins	35
Waffen: Kein Profit mit Tod und Zerstörung	36

Kollektive Selbstbestimmung: Nein zu ausländischen Militärbasen	36
Für die Jugend: Zivile Bildung ist der Schlüssel	36
9) Migration: Schutz, Teilhabe und gleiche Rechte für alle	37
Willkommen: Menschen anerkennen und unterstützen	37
Ankommen: Gleiche Rechte für alle	37
Inklusion: Dezentrale Wohnungen statt Massenunterkünfte	38
Freiheit statt Überwachung: Nein zur Bezahlkarte	38
Polizeigewalt: Sensibilisierung, Prävention und konsequente Verfolgung	38
Seebrücke: Frontex abschaffen und durch Such- und Rettungsmission ersetzen	39
Aufnahmeprogramm: Gemeinsames Europäisches Asylverfahren	39
Globale Gerechtigkeit: Internationalismus oder Aussterben	39
10) Sicherheit neu denken: Fürsorge statt Repression	40
Polizeibudget senken: Zivile Stellen schaffen	40
Gesellschaftliche Kontrolle aller polizeilichen Aktivitäten	41
Sicherheit und Fürsorge statt Polizei	41
Misshandlungen beenden: Gefangene haben Rechte	41
Wiedergutmachung statt Bestrafung	42
Whistleblower Schutz: Don't shoot the messenger	42
Überwachungsstaat unterbinden: Wir wollen keinen "Big Brother"	42
11) Berlin antikolonial: Zurückgeben, entschädigen, aufarbeiten	42
Einführung einer dekolonialen Erinnerungskultur	43
Landesprogramm „Zurückgeben, entschädigen, aufarbeiten“	43
Förderung einer widerständigen Kultur des Zusammenhalts	44
Globale Gerechtigkeit: Lieferketten entkolonialisieren	44
Internationalismus durch Partnerschaft	44
Befreiung statt koloniale Realität: Partnerstadt in Palästina	44
12) Befreiung: Feminismus heißt Systemwandel	45
Pflicht: Frauenhausplätze gemäß Istanbul-Konvention	45
Femizide: Aufdecken und bekämpfen	45
Alleinerziehende: Diskriminierung anerkennen und beseitigen	46
Schwangerschaft: Hilfe für jede Entscheidung	46
13) Antidiskriminierung: Für eine Stadt frei von systemischer Ungleichheit	46
Die Basis: Menschenfeindlichkeit konsequent bekämpfen	47
Beauftragte: Menschenfeindlichkeit ohne blinde Flecken bekämpfen	47
Ableismus als strukturelle Unterdrückung bekämpfen	47
Religion: Augenhöhe durch Gleichstellung	49
Familien: Divers und gleichgestellt	49
Selbstbestimmung für trans Personen	49
Selbstbestimmung kommt von unten	50
Berliner Räte und Parlamente für alle	50
Ost und West: Eine Stadt ohne Gefälle	50
14) Radikale Demokratie: Entscheidungen in die Hände der Menschen	50
Im Bezirk: Bürger:innenrat statt Verordnetenversammlung	51
Im Land: Bürger:innenversammlungen entscheiden große Fragen	51

Lokale Demokratie braucht Ressourcen	52
Ausbau der direktdemokratischen Elemente im Berliner Abgeordnetenhaus	52
Bezirkspolitik und -budget demokratisieren	52
Kritische Zivilgesellschaft: Vorrang für Versammlungsfreiheit	53
Wahlrecht für alle: Demokratie gibt es nur mit einer Stimme für Jede:n	53
Barrierefrei wählen und mitentscheiden	53
15) Bürger:innenservice: Eine schnelle, gewaltfreie, transparente und gerechte Verwaltung	54
Verwaltungssprache: Einfacher und vielfältiger	54
Ausstattung: Mehr Beamt:innen für einen zugänglichen Service	54
Digital: Alles auf einen Blick	54
Transparenz: Die gläserne Stadt	55
Praktischer Bürger:innenservice für Notsituationen	55
Rüstungsfreie Aufträge und öffentliche Beschaffung	55
Verwaltung nach Völkerrecht	56
Beteiligung in der Planung durch Bürger:innenräte	56
16) Kultur, Sport, Kunst und öffentlicher Raum: Gelebte Freiheitsräume	56
Öffentlicher Raum: Palästinasolidarität zeigen	57
Für alle: Freier Zugang zu kulturellen Institutionen	57
Kampf dem Prekariat: Kulturschaffende und andere Freiberufler absichern	57
Gesellschaftlicher Klebstoff: Räume für Kennenlernen und Austausch	57
Landesprogramm „Inklusiver Sport 2030“	58
Sport für alle Berliner:innen statt Kommerz	58
Öffentliche Orte gehören allen: Defensive Architektur verbieten	58
17) Bildung jenseits von Leistungsdruck und Selektion	59
Von klein auf: Ein gebührenfreier Kita-Platz für jedes Kind	60
Kindheit und Jugend muss Freizeit heißen	60
Lehrer:innen: Ausgeruht, gut ausgebildet und bezahlt	60
Umfassend: Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen	60
Neugierig: Alternative Schulen und Bildungsforschung fördern	61
Wahlfreiheit: Vielfältige Schulformen	61
Kreativ: Musische Bildung unterstützen	61
Sport: Enge Zusammenarbeit mit Vereinen	61
Neugierig leben und lernen	62
Genügend Raum: Aktivität, Interaktion, Bewegung, drinnen und draußen	62
Schule: Ein gemeinsamer Lernraum für die Vielen	62
Auch in der Schule: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	63
Lernen: Ein Leben lang	63
Demokratische, antirassistische und sichere Schule	63
Fortschritt ermöglichen: Systemkritische Bildung fördern	63
Dekolonisierung der Wissenssysteme	64
Inklusive und neurodiverse Bildung als Standard	64
Kostenfreie und demokratische Universität	64
Digitale Souveränität und Barrierefreiheit in der Lehre	64

Jede:r nach ihren/seinen Möglichkeiten: Flexibel Lernen	65
18) Gesundheit: Öffentlich, solidarisch, zugänglich	65
Versicherung: Berlin kümmert sich	65
Gehalt: Mehr Geld für Sozial- und Dienstleistungsberufe	66
Das A und O: Ausreichend medizinisches Fachpersonal	66
Bezugspflege: Ganzheitlich umsorgen	66
Fürsorgliche Pflege für alle Berliner:innen	67
Wohlbefinden: Das meiste entscheidet sich im Kopf	67
Gesundheit als Maxime: Profitorientiertheit abschaffen	67
Richtiger Fokus in der Ärzt:innenschaft: Gesundheit ist kein Produkt	68
Gerechtigkeit: Medizin für alle Geschlechter	68
Gute Versorgung im Kiez: Stadtteilgesundheitszentrum	68
Barrierefrei zugänglich: Gesundheit für alle	69
Prävention: Psychotherapeutische Angebote	69
Neurodiverse Versorgung ausbauen	69
Recht auf selbstbestimmte Assistenz und Pflege	69
19) Tierschutz und Ernährung: Solidarisch mit Mensch, Tier und Umwelt	70
Tierschutz braucht akribische Kontrolle	70
Tierversuche sehen wir kritisch	70
In Zoo und Zirkus: Strengere Auflagen	71
Ernährung: Regional und ökologisch	71
Essenzielle Arbeit: Wir unterstützen den Tierheimneuro	71
20) Digitalisierung: Für ein digitales Gemeinwesen	71
Technologische Souveränität: Rechenzentrumsbetreiber enteignen	72
Einfache digitale Beteiligung für alle	73

1) Investieren: Wohlstand für die Vielen

Berlins Bürger:innen verdienen es, von den vor Ort erwirtschafteten Gewinnen kollektiv zu profitieren. Deshalb wollen wir ein Berliner Grundeinkommen einführen: einen universellen Betrag für alle Einwohner:innen, der ein Leben in Würde, Sicherheit und Freiheit ermöglicht – ohne Auflagen und ohne Bürokratie.

Ohne massiv erhöhte Staatsausgaben wird es keine Energie- und Mobilitätswende geben, keine sicheren Renten, keine bezahlbaren Wohnungen, kein zuverlässiges Gesundheitssystem – kurz: keinen geteilten Wohlstand für die Vielen. Häufig scheitert es scheinbar am Geld. Doch das muss es nicht. **Geteilter Wohlstand ist möglich – wenn wir unser Geldsystem demokratisieren und die Barrieren in den Köpfen abbauen.**

Wir wollen höhere staatliche Ausgaben ermöglichen, indem wir auf eine moderne, ermöglichende Geldpolitik setzen. Das bedeutet, dass wir Geld nicht länger als begrenzte Ressource betrachten. Staaten müssen Geld nicht erst einnehmen, um es ausgeben zu können. Im Gegenteil: Sie erschaffen das Geld, das sie ausgeben, selbst. Wenn sie mehr ausgeben wollen, ist das also grundsätzlich möglich. Die aktuellen Regeln und Gesetze in Berlin, Deutschland und der EU verhindern jedoch, dass wir wichtige Investitionen tätigen, und verschärfen die Ungleichheit immer weiter. **Deshalb wollen wir die Spielregeln der Geld-, Steuer- und Staatsausgabenpolitik ändern.**

Wohlstand für die Vielen: Ein Berliner Grundeinkommen

Berlins Bürger:innen verdienen es, von den vor Ort erwirtschafteten Gewinnen kollektiv zu profitieren, wie die ortsansässigen Besitzer:innen von produktivem, physischem oder geistigem Eigentum dies tun. Im Sinne dieses Anliegens möchten wir den Berlin-Fonds als landeseigene Zweckgesellschaft (Anstalt des öffentlichen Rechts) gründen, der jährlich einen universellen Betrag an alle Einwohner:innen auszahlt – Geld, dass den Empfänger:innen zur freien Verfügung steht und an keine Auflagen oder Bedingungen gebunden ist. Finanziell speisen soll sich der Fonds u.a.

aus Dividendenausschüttungen von börsennotierten Berliner Unternehmen mit Landesbeteiligung und einer E-Commerce-Steuer nach dem Vorbild Barcelonas (Besteuerung großer digitale Unternehmen, die in Berlin hohe Umsätze erzielen, aber kaum lokale Steuern zahlen). Außerdem sollen in Zukunft sämtliche neuen Patentanmeldungen von natürlichen oder juristischen Personen eine Gebühr in Höhe von einem Prozent der monetären Patentverwertung (insbesondere Gewinn aus Lizenzgeschäften und Weiterverkauf) pro Jahr für den Gesamtzeitraum des Patentschutzes unterliegen.

Unsere Fesseln lösen: Ein Volksentscheid zur Abschaffung der Berliner Schuldenbremse

Der wichtigste Schritt zu einer modernen Geldpolitik ist die Abschaffung der Berliner Schuldenbremse. Dazu wollen wir einen Volksentscheid zur Abschaffung der Schuldenbremse initiieren, um diesen Schritt gemeinsam mit allen Bürger:innen zu gehen. Zudem wollen wir die Landeshaushaltsordnung entsprechend anpassen und ein Ausführungsgesetz für die Schuldenbremse des Bundes erlassen. Dieses soll die bisherige Berliner Schuldenbremse ersetzen und im Angesicht der bundesrechtlichen Ausgabenbeschränkungen für Länder maximalen fiskalischen Spielraum zulassen.

Direkt Anpacken: Aussetzung der Schuldenbremse

Wir wollen die Schuldenbremse in Berlin bis zum gewonnenen Volksentscheid aussetzen, denn wir befinden uns aufgrund vieler Krisen unserer Zeit weiterhin in einer außergewöhnlichen Notsituation. Dass eine Aussetzung mit dieser Begründung möglich ist, hat unter anderem ein von der Enquete-Kommission Klimaschutz in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten gezeigt. Insbesondere die Klimakrise wird von den Regierungen weiterhin ignoriert, obwohl schnelles und umfassendes Handeln erforderlich ist. Dies ist durch die Einschränkungen der Schuldenbremse nicht möglich. Wir streben außerdem eine langfristige Finanzplanung mit hohen Kreditermächtigungen an, die den Herausforderungen gerecht wird.

Über Berlin hinaus: Die Wenigen müssen Verantwortung übernehmen

Mit unserer Bundespartei verfolgen wir selbstverständlich auch die Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene. Zudem wollen wir Bundesrat-Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer einbringen, weiter verfolgen und unterstützen. An wirklicher Steuergerechtigkeit zu Gunsten der Vielen arbeiten wir in Berlin, im Bund, aber auch europaweit mit DiEM25 und global mit der Progressiven Internationalen. Unternehmensgewinne müssen zudem viel stärker besteuert werden. Amazon zeigt als Beispiel deutlich, dass Unternehmen heute jährlich höhere Gewinne zu Lasten der Beschäftigten, ebenso wie der Gesellschaft insgesamt, erzielen. Steigende Unternehmensgewinne und die steigende Anzahl an Vermögensmillionär:innen zeigen, dass genügend Geld für eine Partizipation aller am gesellschaftlichen Leben vorhanden ist.

Gute lokale Zusammenarbeit: Eine angemessene Gewerbesteuer

Um die Konkurrenz und den zerstörerischen Wettbewerb um niedrige Steuern, von dem die Kommunen benachteiligt werden, zu beenden, wollen wir uns dafür einsetzen, den Gewerbesteuerhebesatz in Berlin in Koordination mit den Brandenburger Nachbargemeinden anzugleichen. Von einer guten lokalen Zusammenarbeit profitieren die Gemeinden und ihre Einwohner:innen gleichermaßen.

Im Dienst der Einwohner:innen: Gute Ausstattung der Finanzämter

Eine gute personelle Ausstattung ist die Grundvoraussetzung für einen guten Service und die Erfüllung aller Aufgaben in Ämtern. Das gilt auch für Finanzämter. Wir wollen die Finanzämter in Berlin deshalb personell besser ausstatten, denn nur so können sie im Dienst der Einwohner:innen gute und schnelle Arbeit leisten.

Zudem wollen wir den Steuervollzug im Bereich hoher Einkommen und Unternehmensgewinnen wollen wir zudem effizienter gestalten.

Gerechte Transformation: Skalierung der Investitionsförderung

Um die gerechte Transformation zu einer klimaneutralen Stadt und einem klimaneutralen Bundesland umzusetzen, sind hohe Investitionen notwendig. Zur Finanzierung der Dekarbonisierung von Industriebetrieben, des Ausbaus erneuerbarer Energien, der energetischen Sanierung von Gebäuden und der vielen anderen nötigen Maßnahmen wollen wir Förderbanken nutzen, die staatlich abgesicherte Förderkredite an den Privatsektor vergeben. Zusätzliche Kapitalaufnahmen durch Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts wollen wir prüfen und gegebenenfalls ermöglichen.

Fonds für quartiersbezogene Teilhabe und Inklusion

Wir schaffen einen dauerhaften Landesfonds für den Auf- und Ausbau von quartiersbezogenen sozialen Projekten, die Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Geflüchtete und Migrant:innen, Alleinerziehende, obdachlose Menschen, neurodivergente Personen und andere vulnerable Gruppen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am Leben im Kiez ermöglichen. Wir unterstützen niedrigschwellige solidarische Projekte, die auf die strukturelle Beseitigung von Barrieren (physisch, kommunikativ, einstellungsbezogen und sozial) direkt vor Ort im Quartier abzielen.

In Berlin: Einführung einer Villensteuer

Insbesondere in Berlin-Grunewald, aber auch in anderen Stadtteilen wohnen Menschen in stattlichen Villen oder besitzen gar mehrere Wohnungen, während sich andere mit sehr kleinen und trotzdem teuren Wohnungen zu Frieden geben müssen. Das ist extrem ungerecht und spaltet die Stadt. Deshalb wollen wir eine Villensteuer sowie eine Steuer auf Zweitwohnungen in Berlin einführen, um diesem Missstand entgegenzuwirken und die Stadt gerechter zu machen.

Im Bund: Einführung einer progressiven Reichensteuer

Wir wollen uns auch vom Land Berlin aus auch für die Einführung einer progressiven Reichensteuer auf Bundesebene auf große Vermögen und sehr hohe Einkommen in Deutschland einsetzen. Es müssen klare Schwellenwerte festgelegt und eine transparente Bewertung von Immobilien- und Finanzvermögen sichergestellt werden. Nur so ist mehr Gerechtigkeit in unserem aktuellen Wirtschafts- und Finanzsystem möglich.

2) Arbeit: Faire Jobs statt Ausbeutung

Niemand soll unfreiwillig arbeitslos sein. **Unser Ziel ist deshalb echte Vollbeschäftigung.** Sollten im Privatsektor nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, ist es die Aufgabe des Staates, jedem Menschen das Recht auf Arbeit zu garantieren. Die Vernichtung guter Arbeitsplätze aus Profitstreben lehnen wir ab.

Produktivitätsgewinne im privaten Sektor sollen in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten an die Arbeiter:innen weitergegeben werden.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, insbesondere auch von Nicht-EU-Arbeiter:innen, von Subunternehmer:innen, oder in Form von Scheinselbstständigkeit, sowie ungerechte bzw. ungleiche Bezahlung wollen wir bekämpfen. Wir begreifen Automatisierung als Chance, unattraktive oder gesundheitsschädigende Jobs zu ersetzen.

Zusammen: Gesellschaftliche Teilhabe

Die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen am Leben in unserer Stadt - unabhängig von ihrer Staatsbürger:innenschaft - ist für uns die Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft. Im ersten Schritt muss ein Anspruch auf eine finanzielle Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze gewährleistet werden, um allen Bürger:innen unserer Stadt ein Leben ohne Armut und ohne sozialen Ausschluss zu ermöglichen.

Lohn: Gerecht und tarifgebunden

In einem zweiten Schritt fordern wir ein Mindestentgeltgesetz, damit alle Erwerbstätigen von ihrer Vollzeitarbeit leben können, ohne in Armut zu fallen. Dazu gehört das einseitige Recht der Beschäftigten auf tarifliche Umsetzung der langfristigen, allgemeinen Regelungen für das Arbeitsverhältnis ebenso wie das Recht auf Entlohnung nach den geltenden Entgelttarifverträgen, sofern sie Mitglied der zuständigen Gewerkschaft sind. Wir wollen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die nachweisen können, dass sie die geltenden Tarifverträge der jeweiligen Branche anwenden. Darüber hinaus dürfen auch nur tarifgebundene Unternehmen und Betriebe an außerordentlichen von der Landesregierung freigegebenen Aktionen, wie beispielsweise einem verkaufsoffenen Sonntag, teilnehmen. Für den Vergabemindestlohn des Landes Berlin verlangen wir einen Inflationsausgleich von mindestens zehn Prozent, um auch die Beschäftigten städtischer Auftragnehmer:innen angemessen zu entlohnen.

Ausreichend Zeit: Vier-Tage-Woche einführen

Unsere Gesellschaft ist produktiv genug, um allen Menschen ein Leben neben der Arbeit zu ermöglichen. Deshalb kämpfen wir zusammen mit den Gewerkschaften für die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich! Besonders schnell lässt sich das in Institutionen umsetzen, in denen die Berliner Landesregierung Arbeitgeberin ist. Die Welt wird nicht untergehen, wenn wir einen Tag weniger arbeiten – im Gegenteil: Wir werden glücklicher, gesünder und freier sein.

Sicherheit für Alle: Eine öffentliche Jobgarantie

Wir wissen, dass Erwerbsarbeit in der heutigen Gesellschaft nicht nur über die finanzielle Ausstattung eines Menschen, sondern auch über seine psychische Gesundheit bestimmt. Wer vom Arbeitsprozess ausgegrenzt wird, ist deutlich häufiger von stressbezogenen Symptomen, wie Depressivität, Angst und psychosomatischen Beschwerden betroffen. Deshalb wollen wir, ähnlich dem Modell in Gramatneusiedl (Niederösterreich), eine öffentliche Jobgarantie für alle

Berliner:innen einführen. Dazu schaffen wir beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz und sozialer Partizipation Tätigkeiten, die bislang für eine rein an Erwerbsarbeit orientierte Unternehmensformen bislang zu unattraktiv sind und die deshalb heute vielfach nur über Ehrenamt abgedeckt werden. Mit Blick auf die dringend erforderlichen Arbeiten gehen wir so einen Schritt weiter.

Arbeitssicherheit: Keine tödlichen Arbeitsunfälle

Wir verpflichten uns, eine klare Strategie zu entwickeln, um schwere und tödliche Arbeitsunfälle in Berlin schrittweise auf null zu reduzieren. Obwohl das Gesetz jährlich 5 % Kontrollen aller Unternehmen vorsieht, hat die zuständige Behörde (LAGetSi) im Jahr 2025 aufgrund des Personalmangels nur 1,2 % erreicht. Wir wollen die Behörde mit den notwendigen Mitteln ausstatten, damit sie die gesetzlichen Vorgaben tatsächlich einhalten kann, und die Kontrollen auf die Bereiche Bauwesen, Logistik und Pflege konzentrieren. Wer einen öffentlichen Auftrag gewinnt, haftet für die Sicherheit der gesamten Subunternehmerkette. Bei Verstößen erfolgt der automatische Ausschluss von zukünftigen öffentlichen Aufträgen. Wir werden eine anonyme Meldestelle beim LAGetSi mit verbindlichen Bearbeitungsfristen einrichten und Gewerkschaften sowie Betriebsräte verpflichtend in die betrieblichen Gefährdungsbeurteilungen einbeziehen. Zudem werden wir ein Berliner Programm zur Früherkennung und Prävention von Berufskrankheiten für besonders betroffene Gruppen starten: Bauarbeiter, Pflegepersonal und Beschäftigte in der Logistik.

Care Arbeit (Sorgearbeit) ist Arbeit

Gerade Alleinerziehende müssen in unserer Gesellschaft viel zu viel leisten. Aber gerade für die Fürsorge von Angehörigen in der Familie oder Freund:innen muss Zeit sein. Wir finden, dass diese Sorgearbeit auch als Arbeit anerkannt werden muss. Im Rahmen der Jobgarantie wollen wir sie auch vergüten, um den Alltag von Pflegenden und ihren Lieben angemessener und angenehmer zu gestalten. Gerade das Leben von Alleinerziehenden, aber auch allen anderen, würde sich dadurch sehr verbessern.

Persönliche Assistenz als Recht und als Arbeit anerkennen

Jede Person mit Behinderung hat das Recht auf selbstbestimmte, ausreichend finanzierte Persönliche Assistenz als vollwertige gesellschaftliche Arbeit. Wir integrieren Assistenzleistungen in die öffentliche Jobgarantie, bezahlen sie tariflich und holen sie aus der Hartz-IV-Logik heraus. Wir fordern die Beendigung der systematischen Verdrängung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen, in denen bis heute kein gesetzlicher Mindestlohn gezahlt wird. Stattdessen fordern wir den Übergang in reguläre, sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse.

Im ganzen Leben: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Gerade viele Eltern oder Alleinerziehende sind aufgrund der Arbeitsmarktbedingungen und ihrer finanziellen Situation auf eine Betreuung für ihre Kinder im frühen Alter angewiesen. Diese Situation ist für Eltern und Kinder belastend. Eltern und Erziehungsberechtigte haben oftmals ein schlechtes Gewissen, wenn sie ihre Zeit in dieser frühen Phase der Entwicklung und des Bindungsaufbaus nicht ausreichend Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Wir setzen uns deshalb mit Maßnahmen wie der Vier-Tage-Woche für ein Recht auf ausreichend Zeit mit der Familie ein. Weitere Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir gemeinsam mit den vielen Betroffenen erarbeiten. Besonders wollen wir Alleinerziehende in schwierigen Situationen unterstützen.

Nach der Geburt: Einfacher Wiedereinstieg in den Job

Gebärende sind nach Mutterschutz und der Elternzeit benachteiligt und können bei zu langer Abwesenheit nicht oder nur schwer in den Job zurückkehren, weshalb sich viele für eine verkürzte Elternzeit oder den schnelleren Einstieg in den Job entscheiden. Wir wollen die Wiedereingliederung in den Job nach Schwangerschaft und Geburt deshalb leichter machen.

Im Alter: Eine bedingungslose Rentengarantie

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Rentner:innen in unserer Stadt ein würdiges Leben im Alter führen können. Die Angst vor der Altersarmut muss beseitigt werden. Dazu wollen wir eine bedingungslose Berliner Rentengarantie einführen. Diese wollen wir landesseitig als bedarfsgerechte Aufstockung und Bezuschussung von Rentenniveaus unter der Armutsgrenze ausgestalten - solange der Bund keine bedingungslose Rentengarantie für alle Menschen in Deutschland einführt. Die gegenwärtige Altersversorgung in Deutschland ist Ausdruck einer strukturellen Klassenpolitik. Während die Mehrheit der Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, existieren parallele, steuerfinanzierte Versorgungssysteme für Beamnt:innen und Abgeordnete mit deutlich besseren Leistungsniveaus und ohne eigene Beitragsleistung. Diese Fragmentierung untergräbt das Prinzip sozialer Gerechtigkeit und schwächt die Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Deshalb wollen wir das anpassen.

Das Mindeste: Staatliche Sozialfürsorge

In Berlin können sich viel zu viele Menschen eine Versorgung mit dem Nötigsten nicht mehr leisten. Die Stadt muss hier endlich die volle Verantwortung übernehmen und die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Sozialfürsorge in ihren Aufgabenbereich des Landes integrieren. Nach sorgfältiger Prüfung wollen wir auch Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden übernehmen, betreiben und angemessen ausstatten.

Ausgliederung und Privatisierung: Stoppen und zurückführen

Die vergangene Ausgliederung von Aufgaben in den Bereichen der Gesundheit, der Bildung und des sozialen Wohnungsbaus an Wirtschaftsunternehmen hat gezeigt, dass dies nicht nur zu einer Verschlechterung der Grundversorgung führt, sondern auch zu Lasten der Beschäftigten in diesen Bereichen geht. Stellenreduzierungen, Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen, schlechtere oder fehlende Tarifregelungen haben hier zu einem Anstieg der psychischen und physischen Belastungen geführt und sind zurückzunehmen. Deshalb wollen wir die umgehende

Rückführung ausgegliederter Unternehmen in den Zuständigkeitsbereich des Landes Berlins, sofern dies von den Beschäftigtenvertretungen oder deren zuständigen Gewerkschaften beantragt wird. Wir stellen uns zudem vehement gegen eine weitere Übertragung öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister und wollen das Outsourcing bei öffentlichen Betrieben beenden.

Öffentliche Jobs: Für das Recht auf gute Arbeit

Die von der zuständigen Gewerkschaft gerade erst durchgeführte Befragung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zeigt, dass es hier dringend gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten bedarf, um die Arbeitsbelastungen und Gesundheitsgefährdungen zu minimieren. Wir wollen von der Berliner Landesregierung als Arbeitgeberin die Schaffung zusätzlicher unbefristeter Stellen in den Bereichen, in denen die Beschäftigten und ihrer Vertretungsorgane einen zu hohen Arbeitsdruck bemängeln, die Garantie der festen und unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden in Bereichen des öffentlichen Dienstes sowie eine Ausbildungsprämie für systemrelevante Berufe.

Private Jobs: Gute Arbeitsplätze in Berliner Unternehmen

Die Schaffung guter Arbeitsplätze im privaten Sektor ist ebenfalls eine wichtige Maßnahme. Dabei geht es besonders um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Bereichen. Wir definieren gute Arbeitsplätze über eine Kombination aus einem gerechten Lohn und einer angemessenen Arbeitsbelastung, wie in den Punkten zu Arbeitszeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschrieben. Die Entstehung solcher Arbeitsplätze wollen wir fördern.

Kleine Berliner Geschäfte: Gegen den Einheitsbrei der Innenstädte

Wir wollen die Vielzahl von kleinen Geschäften in Berlin fördern und ein Gegengewicht gegen die Ausbreitung von Einzelhandelsketten und Onlinehändlern schaffen, die dasselbe Geschäft und dieselben Produkte in jeder Stadt anbieten. Dafür wollen wir Förderprogramme entwickeln und ausbauen. Ein Beispiel ist die

Reduzierung der Gewerbesteuer für neue unabhängige Einzelhändler:innen in den ersten drei Jahren. Ein ganz wichtiger Faktor hierfür ist die Kontrolle der Boden- und damit Mietpreise, die kleine Geschäfte verdrängen.

3) Energie- und Lebenskosten: Nachhaltige und bezahlbare Versorgung für Menschen und Wirtschaft

Nach Jahrzehnten einer Politik, die Deutschland zu großen Teilen von fossilen Energieträgern aus dem Ausland abhängig gemacht hat, ist die Wirtschaft nun auf kaltem Entzug. **Die Energie- und Lebenskosten steigen rasant, und die Menschen sollen für die verfehlte Politik des fossilen Wahnsinns bezahlen.**

Wir setzen uns für eine sozial gerechte Energiewende bis 2030 ein, die unmittelbar beginnen muss. **Eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung ist die wichtigste Grundlage für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen.** Der Grundsatz der Klimagerechtigkeit ist dabei für uns handlungsleitend. Die Energieversorgung muss sichergestellt werden, ohne dass dabei Umwelt oder Lebensgrundlagen von Menschen in Berlin, Deutschland und im Ausland zerstört werden.

Das fossile Zeitalter ist endgültig vorbei. Eine neue, sichere Energieversorgung muss aus den alten Fehlern lernen. Nicht mehr global, sondern lokal. Nicht mehr fossil, sondern erneuerbar. Nicht mehr kapitalistisch, sondern vergesellschaftet. Packen wir sie an, die Energieversorgung für eine neue Zeit!

In Notlagen: Spürbare Entlastung für die Vielen

In Notlagen, wie der aktuellen Lebenskostenkrise, wollen wir eine echte Entlastung für die vielen Menschen, die der Einkommensteuer unterliegen. Einmalzahlungen und andere Entlastungen, die auf rückwirkender Umverteilung beruhen, dürfen

allerdings keine Rechtfertigung oder Ausrede sein, bei der Bekämpfung der Teuerungsursachen weniger entschlossen vorzugehen.

Im Katastrophenfall: Schnelle Notversorgung

Das Beispiel des Stromausfalls nach dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz hat gezeigt, dass die Versorgung anfällig und eine schnelle Notversorgung nicht ausreichend vorhanden war. Deshalb wollen wir das Stromnetz dezentral besser aufstellen und vor allem die Notversorgung im Katastrophenfall sicherstellen. Insbesondere eine schnelle solidarische Nachbarschaftshilfe aus den Nachbar:innenkiezen muss vorbereitet werden.

Vergesellschaftung: Energieversorgung in Bürger:innenhand

Wir wollen sowohl die Berliner Energieversorger und Stadtwerke sowie die lokale Infrastruktur in den Bereichen Strom, Gas und Wärme grundsätzlich in Bürger:innenhand legen. Die Menschen sollen selbst darüber entscheiden, welche lokalen Energiequellen genutzt werden. Gewinne aus der Strom- und Wärmeproduktion sollen an die Bürger:innen zurückfließen. Auf diese Weise würde die Akzeptanz für jede Form der regionalen Energieerzeugung enorm steigen.

Solar: Energiegewinnung überall

Um die Klimaziele zu erreichen, wollen wir die PV-Produktionskapazitäten in Deutschland wieder massiv ausweiten. Dazu sollen der Bund und die Stadt Berlin einen Teils der produzierten Energie abnehmen und eine Photovoltaikpflicht für Neubauten und gewerbliche Bestandsimmobilien sowie eine Pflicht zur Verpachtung von Dächern an lokale Bürger:innenenergiegenossenschaften oder die Stadt Berlin zum Zwecke der Sonnenenergiegewinnung einführen. So wird Investitionssicherheit hergestellt. Insgesamt wollen wir die Gewinnung von Solarenergie auf Gebäuden massiv ausbauen und dafür mehr Förderung sowie eine schnellere Genehmigung für Anlagen von Privatpersonen durchsetzen. Diese Form der Energiegewinnung muss zukünftig selbstverständlich sein.

Wärmenetzwerke: Umfangreiche Nutzung

Nah- und Fernwärmenetze sind eine sehr effiziente Form der gemeinschaftlichen Energieversorgung von Haushalten und Industrie mit Wärme für Heizung und Warmwasser. Wir wollen hier verschiedene Erzeuger:innen kombinieren, wie zum Beispiel die Restwärme von Industrieprozessen oder größere natürliche Quellen, wie Erdwärme aus tieferen Bodenschichten. Die Nutzung dieser Netzwerke wollen wir bevorzugen und fördern und die Energiequellen klimaneutral gestalten.

Wärmepumpen und Dämmung: Großzügige Förderung

Um den Energieverbrauch zu reduzieren, ist die Wärmedämmung von Gebäuden essenziell. Für gedämmte Häuser sind Wärmepumpen eine sehr sinnvolle und nachhaltig betreibbare Energieversorgung. Deshalb wollen wir im Sinne des Green New Deal ein großes Förderprogramm für Wärmepumpen und Dämmung auflegen, um die aktuellen Probleme und Mängel zu beheben.

Selbst machen: Recht auf Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien

Wir fordern die Einführung eines grundsätzlichen Rechts auf Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien mit einer Pflicht der Vermieter:innen zur Genehmigung. Gegenwärtig sind die Möglichkeiten sowohl für Hausbesitzer:innen als auch für Mieter:innen stark eingeschränkt. Wir wollen Genehmigungsverfahren entbürokratisieren und lokale Modelle fördern, die Strom dort erzeugen, wo er verbraucht wird.

Lebenselixier: Wasserversorgung als öffentliches Gut

Die Versorgung mit Wasser als das wichtigste Lebensmittel und Grundlage des Lebens darf keinesfalls privatwirtschaftlichen Zwecken unterworfen werden. Wasservorkommen müssen daher grundsätzlich in öffentlicher Hand verbleiben und

die Grenzwerte (beispielsweise für Nitrat) müssen für eine bessere Qualität gesenkt werden.

Entscheiden: Der Green New Deal von Unten

Wir wollen, dass Berliner Regelungen für erneuerbare Energien durch Bürger:innenversammlungen entstehen. Die Energiewende erfordert ein Umdenken in der Energieversorgung, bei dem Bürger:innen und Gemeinden als Lieferant:innen und Abnehmer:innen eingebunden werden. Dies ist auf Grundlage der aktuellen Gesetze nicht möglich. Gesetze und Verordnungen dürfen den Ausbau erneuerbarer Energien nicht verlangsamen oder verhindern, sondern müssen entsprechend angepasst werden. Diese Anpassungen wollen wir mittels Bürger:innenversammlungen unter Einbindung der regional betroffenen Menschen durchführen.

Preisdeckel: Energie- und Lebenskostenkrise stoppen

Um die Energie- und Lebenskostenkrise zu stoppen, wollen wir auch Preisdeckel nutzen. Wir wollen, dass Preisdeckel nicht nur im Bereich der Mieten, sondern auch in allen anderen wichtigen Lebensbereichen genutzt werden. Das betrifft insbesondere Energie, also Strom und Wärme, aber auch Wasser und Lebensmittel.

4) Leben in Berlin: Gemeinsame Entwicklung von Bauen und Wohnen

Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Um dieses Recht zu schützen, wollen wir in Berlin Mietwohnungen umfangreich dem profitgetriebenen Markt entziehen und in gemeinnützige Träger überführen. Nur das Ende der Profitorientierung im Wohnbereich löst die Sorgen und Nöte unzähliger Menschen, deren Miete einen Großteil ihres verfügbaren Einkommens bindet, dauerhaft. Ebenso hilft es den Menschen, die keine oder keine passende Wohnung für sich und ihre Familie finden können.

Dafür streben wir eine massive Ausweitung der gemeinnützig verwalteten Wohnungsbestände an: Langfristig sollen sich mindestens 70 Prozent aller Mietwohnungen im kommunalen Besitz befinden. Wo nötig, sollen kommunale Wohnungsgesellschaften auch selbst neue Wohneinheiten bauen. **Unter Beteiligung der Bürger:innen und mit Hilfe geeigneter Architekturbüros wollen wir günstigen, modernen und ökologisch verträglichen Wohnraum mit hoher Lebensqualität schaffen.**

Vergesellschaftung: Vonovia und Co. im Sinne von DWE enteignen

Wir unterstützen das Volksbegehren von “Deutsche Wohnen & Co. Enteignen” (DWE) vollständig. Große Immobilienkonzerne müssen enteignet und vergesellschaftet werden. Der Vorschlag von DWE ist dazu in allen Belangen geeignet und wir wollen ihn umgehend umsetzen. Die Verhinderung des Volksbegehrens von 2021 durch die damalige (Rot-Grün-Rot von 2021 bis 2023) und die aktuelle Berliner Regierung lehnen wir ab.

Stadtentwicklung von Unten: Gemeinschaftsflächen und -räume schaffen

Unser Ziel ist es, mehr gemeinsam genutzte Flächen in Berlin zu schaffen und die Anzahl gemeinschaftlich genutzter Räume zu erhöhen. Mittels gesetzlicher Vorgaben und mehr kommunalem Wohnungsbau möchten wir den Trend zu privatwirtschaftlich vermieteten Flächen umkehren. Gemeinsam mit Anwohner:innen und Stadtplaner:innen wollen wir eine neue soziale Baukultur schaffen, die Rückzugsräume für alle, aber auch Räume für Gemeinsamkeit und Zusammenkunft bietet. Aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt wollen wir die durchschnittliche Wohnungsgröße bei Neubauten senken.

Gemeinsam: Kommunale Wohnungsbestände demokratisch verwalten

Um eine demokratische Beteiligung der Mieter:innen in Wohnungen zu gewährleisten, sollen die Wohnungsbestände durch kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts verwaltet werden. Sie sollen nicht renditeorientiert arbeiten, sondern sich auf die Bestandssicherung sowie den Ausbau und die Modernisierung der Wohnungsbestände konzentrieren.

Eigentum: Vorkaufsrechte wahrnehmen

Wir wollen die Stadt Berlin dabei unterstützen, ihre gesetzlich verankerten Vorkaufrechte für Grundstücke, Häuser und Wohnungen wahrzunehmen, um Wohnbestände dauerhaft in kommunales, gemeinnütziges Eigentum zu überführen. Dazu wollen wir die Rechtssicherheit von Vorkaufsrechten für Kommunen stärken.

Mietendeckel: Wohnraum muss bezahlbar sein

Um die akute Energie- und Wohnkrise zu lindern, wollen wir einen Mietendeckel festlegen und eine unbürokratische Auszahlung von Wohngeld ermöglichen. Wir wollen den Mietendeckel mit Subventionen für nicht luxuriöse Instandsetzungen und Verbesserungen der ökologischen Eigenschaften der Objekte koppeln, damit der klimaneutrale Umbau und die Modernisierung unserer Gebäude weiter vorangehen können.

Obdachlosigkeit: Behausung zuerst (Housing First)

Obdachlosigkeit ist in Berlin ein großes Problem. Wir treten für einen Paradigmenwechsel bei Unterstützungsangeboten für obdachlose Menschen ein. Dazu wollen wir "Housing First"-Projekte in Berlin massiv ausweiten, mit mehr städtischen Immobilien ergänzen und niederschwelliger gestalten. Menschen ohne Obdach sollen sich nicht für eine Wohnung qualifizieren müssen, sondern (wie in Finnland) ohne Voraussetzungen und Vorleistungen eine Wohnung unter Betreuungsmöglichkeit gestellt bekommen. In dieser neuen, sicheren Ausgangslage

fällt es den Betroffenen leichter, sich mit Unterstützung von Sozialarbeiter:innen eine Perspektive zu erarbeiten. Landeseigene Immobiliengesellschaften sollen ein bestimmtes Kontingent an Wohnungen bereithalten, um schnell helfen zu können. Gewaltvolle Räumungen von Menschen, die an öffentlichen Orten Schutz suchen, lehnen wir ab.

Recht auf Boden: Öffentliches Gut

Wir setzen uns für eine Reform des Bodenrechts sowie für die Deckelung von Grundstückspreisen ein. Nur durch öffentliches Eigentum kann die Unvermehrbarkeit und Unentbehrlichkeit von Grund und Boden geschützt werden. Nur eine öffentliche Genehmigung der Nutzung ermöglicht bezahlbares Wohnen und bewahrt diese endliche Ressource. Brachliegende öffentliche Flächen wollen wir beispielsweise durch Umwandlung in gemeinschaftliche Gärten sinnvoll nutzen.

Natur: Hochwasser- und Umweltschutz im Einklang

Umwelt- und Hochwasserschutz müssen zusammen gedacht werden. Wir setzen uns dafür ein, die Baumbestände in Berlin zu erhöhen, statt Bäume zu fällen und mit guten Konzepten gleichzeitig den Hochwasserschutz rund um die Spree zu gewährleisten.

Kapital: Spekulation mit Wohnraum verhindern

Um die globale Spekulation mit Wohnraum und Bauland sowie grenzübergreifende Geldwäsche zu verhindern, wollen wir den Kapitalverkehr zwischen der EU und Drittländern im Immobilienbereich beschränken. Berliner Wohnungen und Immobilien sollen nicht mehr an Menschen oder Unternehmen verkauft werden dürfen, die keinen (Wohn-)sitz in der EU haben oder nach dem Kauf einen solchen Sitz nicht haben werden.

Bauen: Kommunal statt privat

Wo notwendig, wollen wir den kommunalen Neubau schnell und entschlossen vorantreiben. Privaten Neubau von Mehrfamilienhäusern lehnen wir dagegen ab, selbst mit Zweck- und Preisbindung oder als Erbpacht, um Mieter:innen dauerhaft vor den Profitinteressen privater Investor:innen zu schützen. Privatisierungen von kommunalen oder städtischen Wohnungen oder Bauland lehnen wir ebenfalls ab.

Ökologisch, sozial, inklusiv und kreativ: Klimaneutraler Umbau statt Neubau

Wir wollen den Umbau und die Aufstockung von Gebäuden gegenüber dem Neubau priorisieren. Dadurch verringert sich der Ressourcenverbrauch, es kommt zu weniger Flächenversiegelung, Leerstand wird und Abrisse werden vermieden. Zu diesem Zweck wollen wir ein landesweites Rückkauf- und Sanierungsprogramm auflegen, um warmmietenneutrale Umbauten zu ermöglichen. Wir wollen vorrangig nachhaltige Holz-, Modul- und Recyclingbauweisen aus regionaler Produktion sowie Sanierungen priorisieren.

Leerstand beenden: Räume gesellschaftlich nutzen

Um Spekulation konsequent einzudämmen, wollen wir Zweckentfremdung und Nichtvermietung hoch besteuern. Nach sechs Monaten Leerstand gilt ein Nutzungszwang. Andernfalls endet es mit der Enteignung von leerstehenden oder nicht genutzten Gebäuden.

Schutz: Zwangsräumungen abschaffen

Wir wollen Zwangsräumungen verbieten, damit Menschen nicht aus ihrer Wohnung geworfen werden können, ohne dass ihnen angemessener Wohnraum für sie bereitgestellt wird. Damit wollen wir das Prinzip "Wohnen ist ein Menschenrecht" vollständig umsetzen.

5) Verkehr: Freie Mobilität und sichere Versorgung

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb wollen wir eine freie und sichere Mobilität für alle gewährleisten, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu gefährden. Wir setzen deshalb auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und eine Infrastruktur, die gemeinschaftlich und effizient genutzt wird.

Einen Schritt weiter: Das 0-Euro-Ticket für Berlin

Wir wollen eine ehrliche Mobilitätswende, bei der den öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang gegeben wird. Damit müssen wir in Berlin jetzt endlich schnell vorankommen. Deshalb setzen wir uns für einen kostenfreien ÖPNV in Berlin ein, der wirklich Mobilität für alle ermöglicht. Statt den Individualverkehr zu priorisieren, brauchen wir eine Mobilität, die uns wirklich alle voranbringt.

Freie Fahrt für Berliner:innen aufs Land

Einwohner:innen in Berlin sollten günstig in das ostdeutsche Umland reisen können. Wir wollen das Deutschlandticket deshalb für Berliner:innen subventionieren, sodass sie maximal 29 Euro pro Monat dafür zahlen. So ist die nötige Erholung im Umland für alle bezahlbar und das Reisen auf kurzen Strecken wird gefördert.

Alles bequem erreichbar: In der Fahrradstadt Berlin

Um den Radverkehr noch viel attraktiver zu machen, wollen wir die Fahrradinfrastruktur umgehend massiv ausbauen und kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln einführen. Wie in den Niederlanden wollen wir dafür bevorzugt bestehende Wege ausbauen, um Flächenversiegelung und Ressourcenverbrauch zu minimieren. Wir wollen Schnellradwege anlegen und alle Radweg-Oberflächen radtauglich machen. Darüber hinaus wollen wir verbesserte Fahrrad-Abstellanlagen, Wegweisung, Bereitstellung von (digitalen) Fahrradwegekarten sowie sonstige Dienstleistungen rund ums Fahrrad.

Leise, geschäftig und gemütlich: Die autofreie Innenstadt

Der öffentliche Raum ist begrenzt und muss gerecht aufgeteilt werden - orientiert an den Bedürfnissen der Menschen. Aktuell hat das Auto oft Vorrang vor anderen Verkehrsmitteln. Wir wollen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen in den Berliner Innenstädten wesentlich mehr Platz einräumen und die Autos durch andere Angebote nach und nach überflüssig machen. So profitieren die kleinen Geschäfte von Kund:innen und alle Menschen von weniger Lärm und Luftverschmutzung und mehr freiem, gemeinschaftlich nutzbarem Stadtraum.

Verkehrsentscheid: Mehr Platz für Berlin

Das Volksbegehren Verkehrsentscheid will nach vier Jahren Übergangsfrist alle Straßen innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings, ausgenommen von Bundesstraßen, zu autoreduzierten Straßen umwidmen. Ab dann sind die Straßen vor allem für den ÖPNV, für Fahrräder und für Menschen zu Fuß da. Motorisierte Fahrzeuge werden hier nur ausnahmsweise genutzt: wenn es dafür einen guten Grund gibt. Zu den notwendigen Fahrten, die weiterhin möglich sind, zählen der öffentliche Verkehr wie Rettungsdienst, Feuerwehr, Müllabfuhr oder Taxen, der Wirtschafts- und Lieferverkehr sowie Fahrten von Menschen, die auf ein Kfz angewiesen sind beispielsweise weil sie in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder nachts arbeiten müssen. Wir teilen das Ziel des Volksbegehrens und wollen Autos innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings reduzieren und durch bessere Verkehrsangebote ersetzen.

Ökologische Prioritäten: Veraltete Projekte stoppen

Angeichts des Klimawandels und der ökologischen Krise ist es nicht mehr zeitgemäß, neue Straßen für den Autoverkehr zu bauen und bestehende massiv auszubauen. Deshalb fordern wir einen Baustopp für die A100 in Berlin. Verkehrsprobleme wollen wir mit besseren öffentlichen Verkehrsangeboten lösen und nicht mit einem Fokus auf den Autoverkehr. Bei der Planung sollen zukünftig, neben den Verkehrsbedürfnissen der Vielen, auch ökologische Vorgaben berücksichtigt werden.

Eine modernes Netz aus Bus, Tram, U-Bahn und S-Bahn: Pünktlich und im Takt

Unser Ziel ist es, die Mobilität jedes Menschen zu garantieren, ohne dabei neue Straßen zu bauen. Wie in Wales wollen wir alle neuen Straßenbauprojekte einfrieren, um die Verkehrspolitik mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Dazu wollen wir das öffentliche Verkehrsnetz schnell ausbauen - beispielsweise durch die Erweiterung der U8 nach Buckow und der U7 zum Flughafen - und in einen ÖPNV investieren, der pünktlich und mit hohem Takt fährt.

Geteilte Mobilität: Elektrisch und klimaneutral

In einigen Regionen außerhalb größerer französischer Städte wie Lyon oder Grenoble gibt es bereits eigene Spuren für Mitfahrgelegenheiten, genauso wie digitale, kommunale Carsharing-Angebote. Das wollen wir auch in Berlin einführen: Parkplätze und Zufahrt in bestimmte Bereiche sollen nur für Carsharing erlaubt sein. So wird ein eigenes Auto unattraktiv, aber der Zugang zu einem Auto bleibt bestehen und ist günstiger. Dafür wollen wir auch die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen. Es soll auch kommunale Sharing-Angebote für E-Bikes und Cargo Bikes als Alternative zum Auto geben. Zudem wollen wir Mitfahrstationen und -Apps sowie direkte Subventionen für Fahrer:innen, die Mitfahrgelegenheiten anbieten, einführen.

Mobilität der Vielen: Verkehrskonzepte gemeinsam erarbeiten

Wir wollen lokale Mobilitätskonzepte in Bürger:innenversammlungen in Kollaboration mit Bürger:innen entwickeln. Bürgerschaftliches Engagement, wie die Bereitstellung von Bürger:innenbussen, wollen wir unterstützen und in den lokalen ÖPNV integrieren. Mit Hilfe von Bürger:innenbudgets sollen die Menschen in Berlin mehr Mitspracherecht bei der Verwendung von Geldern aus dem von uns vorgeschlagenen Green New Deal Programm erhalten.

Sozialer Ausbau des gesamten Berliner Nahverkehrs

Wir wollen massive Investitionen in das gesamte Berliner Nahverkehrsnetz (inklusive S-Bahn) sowie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Auch die Anbindung an den ländlichen Raum Brandenburgs muss gewährleistet sein. Dazu sind eine einheitliche Taktung und verlässliche Anschlüsse notwendig.

Mobilität heißt Barrierefreiheit

So wie alle Bewohner:innen ein Recht auf Mobilität haben, haben sie auch ein Recht auf Barrierefreiheit. Und zwar Barrierefreiheit für alle: Physisch, sensorisch und kognitiv. Wir wollen nicht nur Aufzüge und Rampen, sondern echte Teilhabe: taktile Leitlinien, Gebärdensprach-Videos in Apps und Stationen, barrierefreie Fahrradmitnahme auch für Lastenräder, Kinderwagen und Rollstuhl-Anhänger sowie die komplette Umstellung aller ÖPNV-Fahrzeuge und Haltestellen bis 2030..

Wohnortnah: Aufbau von Versorgungszentren

Eine Versorgung nah am Wohnort ist, spart man Kraft, Zeit und Ressourcen, die sonst für die nötigen Wege aufgewendet werden müssen. Wir wollen beispielsweise Kitas, Gesundheitszentren, Lebensmittelgeschäfte sowie Kultur- und Begegnungsräume gut und schnell erreichbar machen. Die Detailplanung hierfür kann von Bürger:innenräten in den Kiezen übernommen werden.

Der Berliner Flughafen: Teuren Ausbau stoppen

Es sollte darum gehen, endlich die Funktionalität des Berliner Flughafens BER zu gewährleisten und die Planungsfehler zu beseitigen, anstatt über eine Erweiterung nachzudenken.

6) Wirtschaft: Demokratische Vergesellschaftung

Wir wollen die kritische Infrastruktur in den Bereichen Energie, Wasser, Wohnen und Gesundheit in öffentliche oder gemeinwohlorientierte Träger:innenschaft überführen.

Doch damit nicht genug: Wir wollen auch die anderen Teile unserer Wirtschaft vergesellschaften, um den Übergang in eine Wirtschaft zu ermöglichen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Wir stellen den Profitzwang des Kapitalismus stellen wir grundsätzlich in Frage und wollen in Berlin mit der Transformation unserer Wirtschaft beginnen. **Wirtschaft muss von den Bedürfnissen der Gesellschaft ausgehen** und durch die Arbeitenden selbst organisiert werden.

Außerdem wollen wir Berlin zu einer Stadt machen, die Genozide, Apartheid und Kriege nicht mehr wirtschaftlich unterstützt. Deshalb wollen wir den Abbau und die Transformation gesellschaftsfeindlicher Industrien in Berlin.

Einführung von gesellschaftseigenen Unternehmen für die demokratisch-sozial-ökologische Transformation

Aufgrund der hohen Preise können sich viele Bürger:innen ökologisch hochqualitative Produkte nicht leisten. Zur Absicherung des Ziels hoher ökologischer Standards bei Produkten zur Abdeckung der Grundbedürfnisse der Gesellschaft wie Lebensmittel in Bioqualität und des Ziels einer adäquaten Preishöhe der entsprechenden Produkte, sodass die breite Gesellschaft sie sich leisten kann, wollen wir vergesellschaftete Unternehmen aufbauen. Diese in Berlin ansässigen Unternehmen sollen von der Berliner Gesellschaft und den dort Arbeitenden kontrolliert werden, damit sie den Zielen einer gerechten Stadt folgen. Das Modell von “Deutsche Wohnen & Co. Enteignen” dient hier als Vorbild.

Berliner Tech-Konzerne vergesellschaften

Wir wollen die Enteignung großer Tech-Konzerne wie Zalando oder Delivery Hero und ihre Vergesellschaftung. Diese in Berlin ansässigen Konzerne sollten von der Berliner Gesellschaft und ihren Arbeiter:innen kontrolliert werden, damit sie den Zielen einer gerechten Stadt folgen können. Das Modell von “Deutsche Wohnen & Co. Enteignen” kann auch hier als Vorbild dienen.

Förderung solidarischer, klimaneutraler und demokratischer Wirtschaftsstrukturen

Wir setzen uns für die Förderung von Produktivgenossenschaften (Worker Coops) sowie sozialen und produktiven Innovationen ein. Unser Ziel ist es, neue Modelle von produktiven und von Arbeiter:innen geführten Unternehmen zu unterstützen und zu ermöglichen.

Kein Müll sondern ein geschlossener Wirtschaftskreislauf

Für uns ist Kreislaufwirtschaft ist für uns kein Modewort, sondern ein ehrlicher und umsetzbarer Anspruch. Berlin als “Zero Waste City”? Das ist möglich! Bestmögliche Abfallvermeidung, Re- und Upcycling sowie ein generell verantwortungsvoller Umgang mit begrenzten Ressourcen können erreicht werden, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört für uns die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen in der Gastronomie, sowie einer E-Commerce-Steuer auf ineffiziente Paketauslieferungen in der Logistikbranche ein. Aber auch die entsprechende Infrastruktur muss vorhanden sein. Dazu gehören gut erreichbare Abfallsammelstellen und Repair-Cafés in jedem Kiez und ein umfangreich ausgestattetes, flexibel einsatzbereites städtisches Entsorgungsunternehmen.

Praktischer Tausch: Online und offline

Schon heute können postkapitalistische Inseln für ein anderes Wirtschaften geschaffen werden. Wir wollen, dass Tauschbörsen geschaffen werden, auf denen Berliner:innen ohne Geld online sowie offline Gegenstände und Dienstleistungen austauschen können.

Genossenschaften & Gemeinschaftsbildung als Fokus

Wir wollen Mitarbeiter:innen-Übernahmen (EBOs) und gemeinwohlorientierte Unternehmen wollen wir durch Landesfonds und Beratung fördern. Der Umbau der Berliner Wirtschaft muss auf allen Ebenen - von Konzernen bis kommunalen

Unternehmen - geschehen. Dabei müssen alle Mittel, von der Mitarbeiter:innenbeteiligung bis zur Mitbestimmung, genutzt werden, um so viele Arbeitenden wie möglich einzubinden.

Berlin zur Apartheid-freien Zone machen

Angelehnt an die Forderungen der BDS-Bewegung setzen wir uns dafür ein, dass Berlin zu einer apartheidfreien Zone wird. In Berlin sollten keine wirtschaftlichen Aktivitäten stattfinden, die Genozid, Besatzung und Unterdrückung in anderen Teilen der Welt unterstützen. Diese Politik wollen wir sowohl im Senat als auch in den zukünftig von Arbeiter:innen geführten Unternehmen durchsetzen.

7) Klimaschutz: Lokal handeln, global schützen

Klimaschutz ist Handarbeit und beginnt, beispielsweise lokal im Berliner Kiez. Gleichzeitig ist er eine globale Notwendigkeit. Wir wollen, dass Berlin beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion übernimmt und damit dem Bild einer internationalen Stadt gerecht wird.

Klimanotstand ausrufen: Veränderung sofort beginnen

Die Klimakrise und der Klimakollaps sind bereits Realität, weshalb der sozial-ökologische Umbau der Stadt unverzüglich beginnen muss. Um ein Signal an alle zu senden, dass diese gemeinschaftliche Arbeit nun startet, wollen wir den Klimanotstand ausrufen und alle verfügbaren Ressourcen mobilisieren. Gegen bevorstehende Hitzewellen müssen beispielsweise umgehend Klimainseln vorbereitet werden, die mit mehr Bäumen, Biodiversität und Möglichkeiten für städtische Gartenarbeit vorbereitet werden.

Grüne Lungen: Entsiegelung der Stadt

Wir wollen eine massive Entsiegelung, also die Abschaffung von Beton- und Teerflächen, und die Begrünung Berlins, wo immer möglich, beispielsweise in der

Umgebung von Bahnhöfen oder auf dem Gendarmenmarkt. Es gibt Raum für neue Stadtwälder und Bürger:innengärten sowie für mehr Bäume, Grünflächen, kühlende Wasserflächen und Schattenräume zur Hitzevorsorge. Die bestehenden grünen Lungen Berlins wie das Tempelhofer Feld, der Görlitzer Park oder der Emmauswald müssen unbebaut bleiben und für alle öffentlich zugänglich sein.

Klimaschutz-Kooperation mit Brandenburg

Klimaschutz in einer Stadt alleine ist ohnehin unmöglich. Gerade der Aufbau gemeinsamer Versorgungsstrukturen für Energie, regionale, ökologische Nahrungsmittel und Wasserversorgung in einer Stadt-Land-Partner:innenschaft ist jedoch eine zentrale Komponente, auf die wir uns fokussieren wollen.

Förderprogramme für klimaneutrale Quartiere

Um den direkten Umbau der Stadt zu beschleunigen, wollen wir klimaneutrale Quartiere, autofreie Innenstadtbereiche, Stadtbegrünung und Entsiegelung fördern.

Bürger:innenräte im Kiez für lokale Klimapläne

Die Menschen vor Ort wissen am besten, welche Dinge für den Umbau ihres Kiezes in einen klimaneutralen Stadtteil benötigt werden. Deshalb wollen wir diese Entscheidungen in Bürger:innenräten treffen.

8) Frieden: Für ein antimilitaristisches Berlin

In Deutschland ist der Militarismus wieder Programm und dagegen ist Widerstand nötig. Mehr als 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verkündet die Bundesregierung wieder, dass sie die führende Militärmacht in Europa werden will. In ganz Deutschland, aber besonders in der Hauptstadt Berlin, stemmen wir uns gegen diesen Verrat an den Lehren aus dem deutschen NS-Faschismus.

Berlin sollte für Dialog, Friedenspolitik und Internationalismus stehen, statt Waffen zu produzieren und zu exportieren - und damit sogar wieder Genozide zu unterstützen.

Wir wollen das Ende der Berliner Militärpolitik.

Berlin: Stadt der Diplomatie

Berlin ist die Stadt, von der aus die NS-Diktatur operierte. “Nie wieder” bedeutet für uns: Nie wieder Genozid, nie wieder Krieg und nie wieder Militarismus. Wir wollen Berlin in ein Zentrum für Diplomatie und Austausch transformieren. Aus Rüstungsstandorten wollen wir dabei sozial-ökologische Infrastrukturstandorte wie beispielsweise Wohnungsbau, Mobilität oder Wissenschaft machen. Anstelle des Militärdienstes sollen in den städtischen Ausbildungsprogrammen feste Quoten für zivile Friedensdienste eingeführt werden. Mit Hilfe der Gesellschaft wollen wir Druck auf die Berliner Politik ausüben, damit sie ihre Waffengeschäfte und ihre Unterstützung für Besatzung und Genozide endlich einstellt.

Antimilitarismus: Gegen die Militarisierung Berlins

Wir stellen uns mit aller Entschlossenheit gegen die erschreckende Tendenz der militärischen Ertüchtigung und der vermeintlich notwendigen Kriegsvorbereitungen. Die Reaktivierung stillgelegter Truppenübungsplätze, Kasernen und anderer Bundeswehrstandorte in Berlin, die vielfach bereits für eine zivile Nutzung freigegeben waren, lehnen wir ebenso ab wie eine selektive öffentliche Ausgabenpolitik des Staates, bei der der Nutzen von Infrastrukturinvestitionen lediglich anhand ihrer militärischen Nutzbarkeit dieser Infrastruktur bemessen wird.. Es sind genau diese Widersprüche, die den unüberbrückbaren Zielkonflikt zwischen einer hochgerüsteten, “kriegstüchtigen” Gesellschaft einerseits, und einer friedlichen, prosperierenden Gesellschaft andererseits sichtbar machen. Wir stehen für Letztere ein und wehren uns gegen das Abrutschen in Erstere. Militärische Infrastruktur macht unsere Stadt nicht sicherer, sondern macht sie im Ernstfall selbst zum Ziel. Wer diese Infrastruktur ausbaut, nimmt bewusst in Kauf, dass Berlin Teil militärischer Eskalationen wird.

Waffen: Kein Profit mit Tod und Zerstörung

Wir wollen, dass Berlin seine Industrie für die Zukunft so umstrukturiert, dass keine Waffen und Rüstungsgüter mehr exportiert werden. Das bedeutet nicht nur ein Exportverbot in Krisengebiete - dies ist kaum zu überprüfen - sondern das komplette Ausscheiden der Waffenindustrie aus der hiesigen Exportwirtschaft. Anstatt neue Standorte für die Waffenproduktion, wie zuletzt im Wedding, zu ermöglichen, sollte eine Landesregierung, die glaubhaft für Frieden und weltweite Abrüstung eintritt, die Waffenproduzenten einschränken und die Fertigung aller "Produkte" beenden. Auch den Transport solcher "Güter" über Berliner Autobahnen, Bahnhöfe oder Flughäfen wollen wir beenden.

Kollektive Selbstbestimmung: Nein zu ausländischen Militärbasen

Militärstützpunkten in Europa, die nicht unter dem Kommando einer nationalen Armee stehen, die von einem Parlament kontrolliert wird, sind für eine selbstbestimmte Verteidigungspolitik kontraproduktiv und bergen ein Sicherheitsrisiko. Die Bundesrepublik sollte sich in Abstimmung mit ihren europäischen Nachbarn dafür entscheiden, sämtliche langfristig stationierte, außereuropäische Militärpräsenz abzuwickeln. Wir werden nicht hinnehmen, dass mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges wieder atomwaffenfähige Marschflugkörper und Hyperschallraketen unter US-Kontrolle in Deutschland stationiert werden. Dadurch würde Berlin zu einem potenziellen Erst- oder Gegenschlagsziel werden.

Für die Jugend: Zivile Bildung ist der Schlüssel

Wir wollen eine Zivilklausel für alle Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen in der Landesverfassung verankern. Wenn Berlin eine Stadt der Diplomatie werden soll, dann können wir keine Bildung und Forschung betreiben, die der militärischen Logik unterliegen.

9) Migration: Schutz, Teilhabe und gleiche Rechte für alle

Berlin ist noch keine Stadt, in der sich alle Menschen sicher fühlen können. Das wollen wir ändern und Berlin zu einer friedlichen Stadt für alle Bewohner:innen machen. Wir betonen und unterstützen das Bedürfnis aller Menschen nach einem Leben in Sicherheit und nach Wahrung ihrer Menschenrechte. Offenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber Schutzsuchenden sind für uns selbstverständlich.

Ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenleben aller Menschen bildet die Grundlage für Wohlstand und ist unser oberstes Ziel. Fundamentalistischen und faschistischen Bestrebungen oder Menschenfeindlichkeit treten wir dabei entschieden entgegen.

Willkommen: Menschen anerkennen und unterstützen

Wir wollen den Zugang zu Sprachkursen und Qualifizierung von Anfang an und für alle ermöglichen – unabhängig von Aufenthaltsstatus oder sogenannter „Bleibeperspektive“. Die Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Migration lehnen wir ab. Zudem wollen wir einen grundsätzlich uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Berufsausbildung umsetzen sowie die volle Anerkennung ausländischer Abschlüsse und beruflicher Diplome einführen. So können sich Menschen ein Leben in Würde gemäß ihrer Arbeitserfahrung und Abschlüsse aufbauen.

Ankommen: Gleiche Rechte für alle

Wir betrachten alle Menschen, die in unsere Stadt kommen, als gleichwertig - unabhängig von ihrer Herkunft. Flucht vor Krieg sowie Migration aufgrund wirtschaftlich unhaltbarer Verhältnisse sind keine Verbrechen! Geflüchtete und Migrant:innen dürfen deshalb nicht kriminalisiert werden. Wir wollen eine Infrastruktur schaffen, die das Ankommen jedes Menschen erleichtert, sodass alle persönlich in Empfang genommen werden können.

Inklusion: Dezentrale Wohnungen statt Massenunterkünfte

Der Wohnort ist einer der wichtigsten Faktoren für die gesellschaftliche Inklusion aller Menschen. Um diese möglichst einfach zu gestalten wollen wir neu ankommende Menschen deshalb in dezentralen Wohnungen statt Massenunterkünften unterbringen. Landeseigene Immobiliengesellschaften sollen dafür ein bestimmtes Kontingent an Wohnungen bereithalten, um im Bedarfsfall schnell helfen zu können.

Freiheit statt Überwachung: Nein zur Bezahlkarte

Wir sprechen uns gegen die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende aus, da sie ein diskriminierendes Parallelsystem schafft und gesellschaftliche Teilhabe einschränkt. Sie führt zu verstärkter Kontrolle und Überwachung und begünstigt private Unternehmen. Wir fordern, die Bezahlkarte in Berlin nicht einzuführen und stattdessen finanzielle Inklusion durch gebührenfreie, reguläre Konten ohne Einschränkungen zu gewährleisten.

Polizeigewalt: Sensibilisierung, Prävention und konsequente Verfolgung

Die Aufgabe von Sicherheitsbehörden wie Polizei, Zoll, Verfassungsschutz oder Feuerwehr ist es, unsere demokratische Gesellschaft zu schützen und die Grundrechte aller Menschen zu garantieren. Leider machen viele Menschen ganz andere Erfahrungen im Umgang mit diesen staatlichen Stellen: Sie werden sexistisch, homophob, behindertenfeindlich und rassistisch behandelt. Jeder einzelne solche oder anderweitig menschenrechtsfeindliche Vorfall ist nicht nur ein Angriff auf die betroffene Person oder auf eine einzelne Gruppe, sondern ein Angriff auf eine freie, vielfältige und weltoffene Gesellschaft als Ganzes. Deshalb setzen wir uns entschieden für Maßnahmen der Prävention und Sensibilisierung ein, aber auch für die konsequente und kompromisslose rechtliche Verfolgung von Gewalt und Diskriminierung durch Sicherheitsbehörden.

Seebrücke: Frontex abschaffen und durch Such- und Rettungsmission ersetzen

Jedes Jahr ertrinken Tausende Menschen im Mittelmeer.

Nichtregierungsorganisationen wie die Seebrücke füllen seit Jahren die Lücke der unzureichenden SAR-Einsätzen (Search and Rescue) und werden für ihre lebensrettenden Leistungen mit harter Kriminalisierung und Einschränkungen ihrer Missionen bestraft. Stattdessen müssen ihre Forderungen umgehend erfüllt werden. Berlin muss ein sicherer Hafen für Schutzsuchende aus aller Welt bleiben und diesen Anspruch zukünftig noch ernster nehmen. Nur die EU kann das Retten von Menschenleben im Mittelmeer umfassend koordinieren. Dafür muss die Rettung der Menschen aber zur obersten Priorität werden. Frontex ist Teil des Problems und nicht der Lösung. Deshalb wollen wir Frontex abschaffen und die entsprechenden Ressourcen für den Start einer europäischen Such- und Rettungsmission im Mittelmeer verwenden, die den Umfang der italienischen “Mare-Nostrum”-Operation übertrifft.

Aufnahmeprogramm: Gemeinsames Europäisches Asylverfahren

Wir wollen das Dublin-Verfahren abschaffen und durch ein gemeinsames europäisches Asylverfahren (Common European Asylum System, CEAS) ersetzen, das internationales und europäisches Recht respektiert und die Grundrechte migrierter Menschen garantiert. Das Recht auf Nichtzurückweisung muss sichergestellt werden – wir dürfen Menschen nicht an Orte zurückschicken, an denen ihnen Verfolgung, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen drohen. Zudem wollen wir in Berlin ein Landesaufnahmeprogramm, das die Anzahl der aufzunehmenden Geflüchteten regelt.

Globale Gerechtigkeit: Internationalismus oder Aussterben

Wir erkennen unsere geschichtliche Verantwortung an und sind uns bewusst, dass unsere Handlungen die Klimakrise und Umweltzerstörung begünstigt haben. Es sind

die Folgen eines Systems, das im Interesse der Finanz- und Agrarindustrie ist und maßgeblich für das aktuelle Massenaussterben allen nicht menschlichen Lebens auf unserer Erde, die Erderwärmung, die Bodenerosion, die Wasserknappheit, die agrochemische Verschmutzung sowie die Verstetigung der imperialistischen Unterdrückung, Vertreibung und Ausrottung von indigenen Menschen und Kleinbäuer:innen im Globalen Süden verantwortlich ist. Diese Zerstörung muss als Unrecht und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden, wenn sie von Staaten oder Unternehmen begangen oder toleriert wird. Mit radikalem Munizipalismus wollen wir den Klimawandel auch in Berlin gemeinsam und entschlossen bekämpfen und eine Welt schaffen, in der die Menschheit in Harmonie mit der Umwelt lebt. Denn wenn wir nicht endlich internationalistisch denken, werden wir aussterben.

10) Sicherheit neu denken: Fürsorge statt Repression

Alle Bewohner:innen Berlins wollen Sicherheit und alle haben ein Recht auf Sicherheit. Leider sind die staatlichen Behörden an vielen Stellen der Grund für Unsicherheit, indem sie Repression und Misshandlungen ausüben, statt für die Sicherheit aller zu sorgen. Diesen Umstand wollen wir ändern.

In einer sicheren Gesellschaft hat nicht der Staat die Macht und unterdrückt die Menschen, sondern zivile Stellen helfen den Menschen in ihren Lebensumständen. In Berlin liegt hier sehr viel Arbeit vor uns.

Polizeibudget senken: Zivile Stellen schaffen

Da die Polizei die Agenda der Herrschenden umsetzt, Proteste unterdrückt und die Kapitalinteressen weniger mit Gewalt durchsetzt, statt Konflikte zu lösen, wollen wir das Polizeibudget senken. Das frei werdende Budget wollen wir nutzen, um in soziale Arbeit, Prävention, psychologische Betreuung sowie soziale und solidarische Strukturen zu investieren.

Gesellschaftliche Kontrolle aller polizeilichen Aktivitäten

Wir wollen eine starke und unabhängige Kontrolle aller polizeilichen Aktivitäten durch basisdemokratische Kontrollgremien sowie durch die Einrichtung einer unabhängigen Ermittlungs- und Beschwerdestelle Berlin (UEB) für Fehlverhalten und Amtsdelikte von Polizei, Justiz und Strafvollzug. Die UEB soll weisungsfrei, zivil besetzt und öffentlich rechenschaftspflichtig sein. Die UEB berichtet jährlich zur Menschenrechtssituation in der Stadt, aber auch im Strafvollzug.

Sicherheit und Fürsorge statt Polizei

Es reicht nicht, die Polizei zu reformieren. Wir müssen ihre Rolle grundlegend zurückbauen und soziale Aufgaben aus ihr herauslösen. Sicherheit entsteht nicht durch mehr Polizei. Sicherheit entsteht durch gute Lebensbedingungen. Wir arbeiten auf eine Gesellschaft hin, in der Sicherheit nicht durch Zwang und Gewalt hergestellt wird, sondern durch Solidarität, Fürsorge und soziale Gerechtigkeit. Eine Stadt, in der Konflikte nicht eskalieren müssen, weil ihre Ursachen ernst genommen und politisch bearbeitet werden.

Misshandlungen beenden: Gefangene haben Rechte

Ähnlich wie beim Problem der Polizeigewalt braucht es unabhängige Überwachungsmechanismen, Gefangene in Berliner Gefängnissen können Beschwerden schreiben, aber die Leitung der Gefängnisse kann das einfach abtun, ohne dass jemand es unabhängig überprüft. Es herrscht Willkür gegen Inhaftierte, so müssen einige beispielsweise fast nackt fensterlosen Räumen sitzen, 24/7 überwacht, die Kommunikation nach außen ist teuer, es gibt keinen Zugang zu Computern, Rassismus ist an der Tagesordnung, N- und Z-Wort werden regelmäßig von Wärtern genutzt, denen sie ausgeliefert sind. Es ist ein System, das auf Bestrafung ausgelegt ist und nicht auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft und das muss sich ändern. Wir wollen die Modernisierung der Justizvollzugsanstalten: Bildungs-, Therapie- und Ausbildungsprogramme statt Überbelegung und Isolierung.

Wiedergutmachung statt Bestrafung

Wir wollen den Ausbau von Restorative-Justice-Programmen (Wiedergutmachung, Opfer-Täter-Dialog, gemeinnützige Arbeit) als Alternative zur Haft. Ebenso wollen wir ambulante Alternativen zur Freiheitsstrafe ausbauen, wie Bewährung, soziale Arbeit und betreutes Wohnen. Beide Maßnahmen werden zu einer Entlastung der Gefängnisse und zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenleben führen. Die Ersatzfreiheitsstrafen wegen Armutsdelikten, wie nicht gezahlten Ticketgebühren, wollen wir sofort ersatzlos streichen.

Whistleblower Schutz: Don't shoot the messenger

Mit einem Whistleblower-Schutzgesetz für Berlin wollen wir Bediensteten oder anderen Bewohner:innen, die Missstände oder Diskriminierung aufdecken, rechtlichen Schutz und Anonymität gewährleisten. Es liegt im Interesse aller, dass solche Missstände aufgedeckt und nicht vertuscht werden.

Überwachungsstaat unterbinden: Wir wollen keinen "Big Brother"

Wir lehnen staatlich verordnete Maßnahmen zur Vorratsdatenspeicherung bei Telekommunikationsanbietern und Internet-Service-Providern ebenso entschieden ab wie digitale Rasterfahndung und die Nutzung von automatisierter Datenauswertungs-Software wie dem Programm "Gotham" der US-Firma Palantir durch die Berliner Polizei und die Sicherheitsbehörden des Landes. Nur in sehr gründlich begründeten und richterlich genehmigten Einzelfällen kann das Informationsinteresse des Staates Vorrang vor dem Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten des Individuums haben.

11) Berlin antikolonial: Zurückgeben, entschädigen, aufarbeiten

Die koloniale Geschichte Berlins ist noch nicht umfassend aufgearbeitet und bekannt. Trotzdem steht fest: Berlin muss dringend Geraubtes dringend zurückgeben, Nachkommen entschädigen und die Geschichte weiter aufarbeiten. Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, dann ist die NS-Herrschaft ein Teil einer langen und grausamen Kolonialgeschichte. Berlin war und ist Schauplatz dieser Geschichte und muss sich ihr stellen. Antikolonial bedeutet, das Verständnis von Europa in der Aufklärung infrage zu stellen und die Geschichte sowohl politisch als auch praktisch aufzuarbeiten.

Einführung einer dekolonialen Erinnerungskultur

Es müssen alle Opfergruppen des Kolonialismus, des Nationalsozialismus, und auch des sonstigen deutschen Imperialismus berücksichtigt werden. Auch Gadjé-Rassismus und Queerfeindlichkeit müssen sichtbar sein. Eine Erinnerungskultur, die alle Opfergruppen im Blick hat, darf nicht zwischen “wichtigen” und “weniger wichtigen” Opfern unterscheiden. Eine dekoloniale Erinnerungskultur soll in Bildung, Wissenschaft, Museen und Medien verankert werden – mit Beteiligung von Betroffenen und Herkunftsgesellschaften.

Landesprogramm „Zurückgeben, entschädigen, aufarbeiten“

Wir wollen die Provenienzforschung zur Geschichte der Herkunft von Kunstwerken und Kulturgütern ausweiten. Durch internationale Kooperationen mit Museen und Archiven sollen geraubte Kunstwerke und Kulturgüter zurückgegeben werden. Zur Unterstützung und Kontrolle dieses Prozesses durch die Öffentlichkeit wollen wir digitale Archive und Open-Access-Portale für Sammlungen und Kulturerbe bereitstellen.

Förderung einer widerständigen Kultur des Zusammenhalts

Wir wollen interkulturelle Zentren, queere und religiöse Kulturhäuser, inklusive Festivals und partizipative Kunst- und Erinnerungsprojekte fördern. So kann eine Kultur des gemeinsamen Widerstands gegen Kolonialismus entstehen und der Zusammenhalt der Gesellschaft wird gestärkt.

Globale Gerechtigkeit: Lieferketten entkolonialisieren

Wir wollen, dass die Landesförderung und -garantien nur an Unternehmen vergeben werden, die nachweislich faire, ökologische und entkolonialisierte Lieferketten haben. Berlin sollte ein Zentrum für partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Akteur:innen aus aller Welt sein, statt Rohstoff- und Lohndumping zu fördern.

Internationalismus durch Partnerschaft

Unser Ziel ist der Aufbau globaler Partnerschaften zwischen Kulturinstitutionen in Berlin und Herkunftsgesellschaften auf der ganzen Welt. Dafür muss ein ausreichendes Budget zur Verfügung gestellt werden. Die Partnerschaft sollte möglichst unabhängig von den imperialistischen Interessen der Staaten und stattdessen zwischen Gesellschaften aufgebaut werden.

Befreiung statt koloniale Realität: Partnerstadt in Palästina

Die bestürzende Unterstützung der Stadt Berlin für den Genozid an den Palästinenser:innen zeigt sich unter anderem durch die Ernennung der israelischen Stadt Tel Aviv als Partnerstadt. Wir fordern, Tel Aviv durch eine palästinensische Stadt als Partnerstadt zu ersetzen, um ein koloniales Projekt nicht länger zu unterstützen, sondern ein Zeichen gegen die Unterdrückung zu setzen.

12) Befreiung: Feminismus heißt Systemwandel

Der Feminismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Aufforderung zur Gleichstellung innerhalb des bestehenden Systems, sondern die radikale Forderung nach dessen Abschaffung. Des kapitalistisch-patriarchale System ist selbst die Grundlage für die Unterdrückung von FLINTA*-Personen. **Befreiung haben wir erst erreicht, wenn sie für alle gilt.**

Der Kapitalismus und die Konstrukte der Nationalstaaten in ihrer heutigen Form sind die Fortsetzung aller bisherigen ausbeuterischen Gesellschaften. Feministische Politik kann nicht losgelöst von einer kritischen Betrachtung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen gedacht werden, da diese die Geschlechterdiskriminierung immer wieder reproduzieren, um das ausbeuterische System der kapitalistischen Moderne aufrechtzuerhalten. Radikale Kapitalismuskritik muss daher zwangsläufig auch feministische und queere Politik sein. Sie muss die konsequente Auflösung der bestehenden Machtstrukturen fordern, um allen Menschen - unabhängig von Geschlecht, geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung - gleiche gesellschaftliche Teilhabe und eine freie Wahl von Lebensentwürfen zu ermöglichen. **Diese Politik für echte Gleichberechtigung wollen wir auch auf Landesebene durchsetzen.**

Pflicht: Frauenhausplätze gemäß Istanbul-Konvention

100 % staatlich finanzierte Frauenhausplätze gemäß Istanbul-Konvention sind für uns Pflicht: ein Platz pro 10.000 Einwohner:innen, inklusive barrierefreier Angebote sowie Schutzwohnungen für queere, migrantische und ältere Gewaltbetroffene.

Femizide: Aufdecken und bekämpfen

In Berlin wird Gewalt gegen Frauen und andere Betroffene zu wenig als solche thematisiert. Femizide tauchen in den Statistiken nicht auf und werden in den Medien nicht als solche identifiziert. Wir wollen das ändern, damit Morde und Gewalt an Frauen in den Statistiken erscheinen, als massives Problem wahrgenommen

werden und dann auf allen Ebenen bekämpft werden können. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Aufnahme des Femizids als Straftatbestand im Strafgesetzbuch einsetzen.

Alleinerziehende: Diskriminierung anerkennen und beseitigen

Alleinerziehenden sind von vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt und müssen geschützt werden. Besonders auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sind sie Diskriminierung ausgesetzt. Oft können sie nicht in Vollzeit arbeiten, was zu einem geringeren Einkommen führt. Suchen sie beispielsweise eine Wohnung, können sie aufgrund ihrer Kinder nicht in einer Einzimmerwohnung wohnen, andere Wohnungen sind aber gleichzeitig meist zu teuer.

Schwangerschaft: Hilfe für jede Entscheidung

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist oft nicht für alle gleichermaßen vorhanden. Wir wollen die Regelungen überprüfen und Schwangere und ihre Begleitpersonen in der Entscheidungsphase sowie bei der Umsetzung eines Schwangerschaftsabbruchs vollumfänglich unterstützen. Zudem wollen wir uns auf Bundesebene für die vollständige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Streichung der Paragraphen 218 und 219 StGB einsetzen.

13) Antidiskriminierung: Für eine Stadt frei von systemischer Ungleichheit

Diskriminierung ist in vielen Formen in Berlin leider eine tägliche Realität. Das wollen wir mit einem Landesaktionsplan gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Gewalt, der Prävention, Erfassung und Verfolgung rassistischer, antisemitischer, sexistischer, queerfeindlicher und behindertenfeindlicher Straftaten sicherstellen. Auch eine Angleichung von Ost- und West-Berlin muss endlich erfolgen, um systemische Ungleichheit zu beenden. Nur wenn wir kontinuierlich am Abbau von

Diskriminierung arbeiten, können wir das Ziel einer freien Stadtgesellschaft für alle erreichen.

Die Basis: Menschenfeindlichkeit konsequent bekämpfen

Wir wollen die Einrichtung eines Landesfonds gegen Menschenfeindlichkeit mit einem jährlichen Volumen von mindestens 100 Millionen Euro zur Finanzierung von Schutz-, Präventions- und Bildungsprojekten. Nur mit guter Finanzierung lassen sich die Probleme wirklich reduzieren.

Beauftragte: Menschenfeindlichkeit ohne blinde Flecken bekämpfen

Anstelle eines Beauftragten, der sich nur um Antisemitismus kümmert, wollen wir die Einrichtung gut ausgestatteter, dauerhaft finanzierter und unabhängiger Antidiskriminierungsbeauftragter. Diese sollen sich um alle Formen der Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und des Rassismus kümmern. Dazu zählt Antisemitismus ebenso wie beispielsweise antipalästinensischer Rassismus, Gadjé-Rassismus oder Menschenfeindlichkeit gegenüber queeren Menschen.

Ableismus als strukturelle Unterdrückung bekämpfen

Ableismus ist eine strukturelle Form der Unterdrückung, die Menschen mit Behinderungen systematisch vom gesellschaftlichen Leben ausschließt. Wir fordern die uneingeschränkte, sofortige und verbindliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) als unmittelbar geltendes Recht in ganz Berlin. Barrieren dürfen nicht länger hingenommen werden. Wir wollen ein flächendeckendes System niedrigschwelliger Beratung aufbauen, das individuelle Unterstützung mit der strukturellen Beseitigung physischer, kommunikativer und einstellungsbezogener Barrieren verbindet. Menschen mit Behinderungen erhalten in allen Bürger:innenräten, Planungsprozessen und Gremien eine feste Mindestquote von 5 % sowie ein Vetorecht bei allen sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen.

Gegen Judenhass, Instrumentalisierung und selektiven Philosemitismus

Wir setzen uns für den Schutz jüdischen Lebens in Berlin ein, das sichtbar und sicher sein soll, frei von Gewalt, Instrumentalisierung und politischer Vereinnahmung. Dies umfasst die konsequente Verfolgung von Judenhass-Straftaten, die Stärkung von Bildungsmaßnahmen zur Dekonstruktion von Stereotypen und zur Sensibilisierung frei von zionistischer Propaganda sowie die Unterstützung humanistisch-jüdischer Institutionen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist grundlegend, und wir lehnen es ab, dass er entwertet und instrumentalisiert wird, insbesondere wenn dies dazu dient, Bewegungen gegen den Krieg und für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker einzuschränken, wie es systematisch geschieht. Den Jüd:innen Berlins steht Schutz vor neonazistischen Bewegungen zu, die Verschwörungstheorien und Gewalt fördern, organisiert, bewaffnet und zu konkreten Angriffen fähig sind. Gleichzeitig setzen wir uns für die Dekonstruktion der Gleichsetzung von Jüd:innen mit dem Staat Israel ein: Jüd:innen müssen das Recht haben, ihre religiöse und kulturelle Identität zu leben, ohne mit einer genozidalen Apartheid-Besatzung in Verbindung gebracht zu werden – etwas, das äußerst beleidigend ist und antisemitische Verallgemeinerungen verstärkt. Darüber hinaus lehnen wir den „selektiven Philosemitismus“ ab, der in Berlin jüdische Identität auf Kosten antizionistischer Jüd:innen einschränkt und sie instrumentalisiert, um eine vermeintliche Überwindung der antisemitischen Vergangenheit Deutschlands zu demonstrieren, während dieselben suprematistischen Logiken weiterhin gegenüber anderen sozialen Gruppen wie Araber:innen, Muslim:innen, Sinti:zze, Rom:nja und People of Colour angewendet werden.

Offizielle Anerkennung und Bekämpfung der Krise der Islam- und Arabophobie

Die arabische und muslimische Gemeinschaft Berlins erlebt eine dramatische Eskalation von Hass und Repression. In Schulen und Universitäten fordern wir eine verpflichtende Bildung gegen Islamfeindlichkeit und anti-palästinensischer Rassismus, das Ende der Zensur von Hijabs und palästinensischen Fahnen sowie

konkreten Schutz für Schüler:innen und Beschäftigte vor Angriffen und Diskriminierungen dieser Art. Wir setzen uns für die Schaffung eines unabhängigen Amtes ein, das antimuslimische Straftaten erfasst und anti-palästinensischer Rassismus offiziell als eigenständige Form des Rassismus anerkennt. Wir wollen das rassistische Profiling durch die Polizei per Gesetz verbieten, eine unabhängige Kommission gegen Polizeibrutalität bei Demonstrationen einrichten und das Recht auf Protest ohne Angst vor willkürlichen Festnahmen oder unverhältnismäßiger Gewalt garantieren. Die Meinungsfreiheit muss vor den Angriffen geschützt werden, denen sie derzeit ausgesetzt ist – durch die Aufhebung der Verbote palästinensischer Symbole, Keffiyehs und legitimer Parolen in Schulen und im öffentlichen Raum. Schließlich werden wir arabische Kulturzentren finanzieren und Kampagnen unterstützen, um Stereotype zu bekämpfen.

Religion: Augenhöhe durch Gleichstellung

In Berlin sind viele verschiedene Religionsgemeinschaften beheimatet. Diese werden jedoch noch immer nicht gleich behandelt, obwohl einige von ihnen schon seit Jahrhunderten Teil der Berliner Gesellschaft sind. Wir fordern deshalb die Gleichstellung aller Religionen, damit alle Berliner:innen ihren Glauben nach gleichen, gemeinsam bestimmten Regeln leben können.

Familien: Divers und gleichgestellt

Für uns sind Familien Familien: Gemeinschaften, die sich lieben, egal wie sie zusammengesetzt sind. Wir wollen alle Familienformen gleichstellen und gleichermaßen unterstützen. Eltern aus der LGBTQIA*-Gemeinschaft haben die gleichen Rechte wie alle anderen auch.

Selbstbestimmung für trans Personen

Wir setzen uns dafür ein, dass trans Personen in allen Lebensbereichen selbstbestimmt handeln können. Dazu gehören rechtliche Anerkennung, Schutz vor Diskriminierung, einfacher Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen und

geschlechtsneutralen Angeboten sowie gesellschaftliche Teilhabe ohne Barrieren und Stigmatisierung.

Selbstbestimmung kommt von unten

Wir wollen Selbstvertretungsorganisationen wie beispielsweise Landesbehindertenbeirat oder Sexarbeitendenverbände konsequent stärken, damit Betroffene ihre Rechte selbst einfordern können. Denn nur wenn Betroffene von Diskriminierung die Probleme selbst ansprechen können und die entsprechenden Mittel haben, können diese auch gelöst werden.

Berliner Räte und Parlamente für alle

Wir setzen uns für den Aufbau von Bürger:innenräten und Jugendparlamenten ein, in denen auch benachteiligte Gruppen repräsentiert und Entscheidungsbefugnisse verankert sind.

Ost und West: Eine Stadt ohne Gefälle

Für die strukturelle Ungleichheit zwischen Ost und West gibt es immer noch viele Beispiele. Beim Wohnen in Ost-Berlin wird beispielsweise immer noch die Rente gekürzt, obwohl das Leben dort genauso viel kostet wie in den westlichen Stadtteilen. Zudem sind Tarifverträge ungleich, während im Einzelhandel-Tarifvertrag im Westen 160 Stunden Arbeitszeit stehen, sind es im Osten 165 Stunden und auch die Gehälter sind unterschiedlich. Diese Ungleichheiten wollen wir überall beenden.

14) Radikale Demokratie: Entscheidungen in die Hände der Menschen

Ob aus Vorsatz, Unfähigkeit oder Feigheit – die regierenden Politiker:innen machen einen schlechten Job. Millionen Menschen haben heute Abstiegs- oder Zukunftsängste. Es wird heißer. Die Häufigkeit von Starkregen,

Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden nimmt zu. **Diejenigen, die dafür gewählt werden, Verantwortung zu übernehmen, tun es nicht.** Sie schaffen es nicht, wirksame Verbesserungen umzusetzen. Schlimmer noch: Vielfach machen sie sich zu Handlanger:innen derer, die am meisten von Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung profitieren.

Dieses politische Versagen führt auch dazu, dass sich Macht und Geld sich seit Jahren in immer weniger Händen konzentrieren. Wirtschaft und Politik verschmelzen zunehmend. Banken und Konzerne können agieren, wie sie möchten, denn sie scheinen zu groß zu sein, um kontrolliert zu werden. Ganze Politikbereiche werden zu rein technischen Fragen erklärt und somit dem demokratischen Prozess entzogen. **Wir steuern in eine feudale Gesellschaft, in der wenige über viele herrschen.**

Dem wollen wir begegnen, indem wir uns auf allen Ebenen für mehr Demokratie einsetzen. Am schnellsten lässt sich das lokal und vor Ort in Bürger:innenräten und -versammlungen direkt umsetzen.

Im Bezirk: Bürger:innenrat statt Verordnetenversammlung

In Berlin werden Bezirksverordnetenversammlungen zur Wahrnehmung lokaler Anliegen gewählt. Es sind Stadtteilparlamente mit eigenen Haushaltsmitteln. Diese Versammlungen wollen wir mit mehr Budget und mehr direkten Befugnissen ausstatten und sie so reformieren, dass sie die Bürger:innen direkt in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Statt Bezirksverordnetenversammlung wollen wir sie Bezirksbürger:innenrat nennen und so besetzen, dass er absolut repräsentativ für die Gesellschaft ist und nicht von Wirtschafts-, Oligarchen- und Partikularinteressen beeinflusst wird. Unser Bezirksbürger:innenrat setzt sich zu zwei Dritteln aus im Losverfahren ermittelten Bürger:innen und nur zu einem Drittel aus gewählten Bürger:innen (Vertreter:innen der Parteien) zusammen.

Im Land: Bürger:innenversammlungen entscheiden große Fragen

Wir wollen geloste Bürger:innenversammlungen einführen, um eine wirklich repräsentative und demokratische Entscheidung über alle wichtigen Themen zu ermöglichen, die eine langfristige Planung und einen breiten Konsens erfordern. Die im Losverfahren ermittelten Bürger:innen setzen sich je zur Hälfte aus der Bevölkerung und aus den Fachleuten der jeweiligen Branche zusammen. Sektoren wie Bildung, Kultur und Justiz werden somit die Behandlung erfahren, die sie verdienen: keine opportunistischen und kurzlebigen "Reformen" von Minister:innen und Regierungen, die alle zwei bis drei Jahre wechseln.

Lokale Demokratie braucht Ressourcen

Wir wollen eine Aufstockung von Personal und Mitteln, um echte Beteiligung vor Ort zu ermöglichen (Qualifikationen, Zeit, Technik). Zudem müssen Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit gewährleistet sein. Alle Beteiligungsformate müssen für Menschen mit Behinderung, mit geringem Einkommen, mit Migrationsgeschichte und für Alleinerziehende zugänglich sein.

Ausbau der direktdemokratischen Elemente im Berliner Abgeordnetenhaus

Das Beispiel der Kampagne "Deutsche Wohnen & Co. Enteignen" (DWE) hat gezeigt, dass die Hürden für Bürger:innenentscheide viel zu hoch sind und ihre Umsetzung verpflichtend sein sollte. Das Vorhaben wurde mit großer Mehrheit angenommen, aber ist immer noch nicht umgesetzt worden, da die Parteien im Abgeordnetenhaus die Macht hatten, es zu stoppen. Um eine zukünftige Allianz der etablierten Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke) gegen ein Volksbegehren zu verhindern, wollen wir die Pflicht der Umsetzung eines Volksbegehrens einführen. Zudem wollen wir die Hürden für die Durchführung von Volksbegehren auf Landes- und Bezirksebene deutlich senken.

Bezirkspolitik und -budget demokratisieren

Wir wollen Bezirksbeteiligungsbudgets für Berlin. Das bedeutet, dass Bürger:innen fest verankerte Budgets für Vorhaben in ihrem Kiez nutzen können. Zudem wollen wir Jugendforen in allen Bezirken einführen und stärken, damit schon Schüler:innen aktiv lernen, zu diskutieren und mitzuentcheiden. Dafür braucht es regelmäßige, repräsentative Gremien mit echten Entscheidungsrechten.

Kritische Zivilgesellschaft: Vorrang für Versammlungsfreiheit

Das sogenannte Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz gewährleistet keine echte Freiheit, sondern schränkt diese auf nicht zu rechtfertigende Weise ein. So ermöglicht es etwa die unmittelbare behördliche Videoüberwachung bei Demonstrationen und spricht ein generelles Vermummungsverbot aus. Die abschreckende Wirkung hinsichtlich der Teilnahme an politischen Kundgebungen ist offensichtlich. Wir fordern das Ende aller Repressionen sowie ein Versammlungsfreiheitsgesetz, das seinem Namen wirklich gerecht wird.

Wahlrecht für alle: Demokratie gibt es nur mit einer Stimme für Jede:n

Um Menschen demokratisch einzubinden, müssen sie wählen können und eine Stimme haben. Wir sehen keinen Grund, Menschen aufgrund ihrer Herkunft von demokratischen Wahlen auszuschließen. Deshalb wollen wir auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die länger als ein Jahr in Berlin gemeldet sind, einen Wahlschein für alle Wahlen in Berlin zusenden.

Barrierefrei wählen und mitentscheiden

Demokratie gibt es nur, wenn alle mitentscheiden können. Wir wollen barrierefreie Wahllokale, Online-Wahl mit Gebärdensprache und Leichter Sprache sowie verpflichtende Beteiligung von Menschen mit Behinderung in allen Bürger:innenräten und -versammlungen.

15) Bürger:innenservice: Eine schnelle, gewaltfreie, transparente und gerechte Verwaltung

Nach Jahrzehnten der Sparpolitik ist die Verwaltung nicht mehr ausreichend in der Lage, ihre Funktionen zu erfüllen und den Berliner Einwohner:innen einen guten Service zu bieten. Zudem erschwert die Verwaltungssprache den Zugang und verkompliziert die Prozesse zusätzlich. Wir wollen eine gut ausgestattete Verwaltung mit effizienten Prozessen und einer gerechten Arbeitsweise. **Der Bürger:innenservice muss unkompliziert und respektvoll sein.**

Verwaltungssprache: Einfacher und vielfältiger

Die Sprache der Verwaltung ist oft schwer verständlich, da selbst einfache Sachverhalte sehr umständlich beschrieben werden. Wir wollen die Sprache der Verwaltung vereinfachen, um alle Prozesse schneller und einfacher zugänglich zu machen. Für uns bedeutet Zugänglichkeit auch, dass Dokumente in mehreren Sprachen verfügbar sind.

Ausstattung: Mehr Beamt:innen für einen zugänglichen Service

Die Schuld liegt nicht bei den Beamt:innen, sondern bei den politischen Entscheidungen. Wir wollen deshalb die Anzahl der Beamt:innen erhöhen und die Ämter finanziell besser ausstatten. Gleiches gilt für die städtischen Unternehmen und die dort beschäftigten Menschen. Davon profitieren letztlich alle Bürger:innen, denn bürokratische Vorgänge werden so beschleunigt und verbessert.

Digital: Alles auf einen Blick

Die Stadt Berlin bietet einige Hilfestellungen und Unterstützungsangebote für ihre Bürger:innen an. Das Sammelsurium an Internetseiten ist jedoch sehr

unübersichtlich. Wir wollen deshalb eine Plattform der Stadt Berlin einrichten, die alle Services der Stadt beinhaltet und die Suche erleichtert.

Transparenz: Die gläserne Stadt

Mit einer progressiven Reform des Informationsfreiheitsgesetzes, einer Ausweitung des parlamentarischen Lobbyregisters auch auf Interaktionen mit Kabinettsmitgliedern und ihren Mitarbeitenden sowie der Einführung eines “legislativen Fußabdrucks” bei Gesetzgebungsprozessen wollen wir staatliche Daten und Dokumente öffentlich zugänglich machen – maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen. So können sich Bürger:innen frei informieren.

Praktischer Bürger:innenservice für Notsituationen

Täglich erleben Berliner Bürger:innen in Berlin Notsituationen und werden allein gelassen. Deswegen wollen wir einen Bürger:innenservice für Notsituationen einrichten. Passiert etwas Unvorhergesehenes, kann das ohnehin schon eng getaktete Alltagsleben schnell aus dem Gleichgewicht geraten, wie etwa bei einem Umzug. Hier kann ein Bürger:innenservice ohne großen Aufwand und schnell einer Bürger:in in Not helfen, indem eine einmalige Umzugshilfe gewährleistet wird. Wenn beispielsweise Alleinerziehende oder allein lebende Menschen von Einsamkeit und Hilflosigkeit sprechen, meinen sie häufig genau solche Situationen. Eine solidarische Stadt wäre in der Lage, solche Probleme aktiv zu adressieren und Lösungen anzubieten.

Rüstungsfreie Aufträge und öffentliche Beschaffung

Wir wollen das Land dazu verpflichten, keine Güter von Unternehmen zu erwerben, die in die Produktion oder den Export von Waffen involviert sind. Öffentliche Aufträge und Landesfördermittel dürfen nicht an Unternehmen vergeben werden, die sich an völkerrechtswidrigen Handlungen, der Rüstungsproduktion für Kriege oder Menschenrechtsverletzungen beteiligen.

Verwaltung nach Völkerrecht

Wir wollen, dass sich Berlin in allen Landesgesetzen, -verträgen und -förderprogrammen zur strikten Einhaltung aller internationalen Verträge und Konventionen wie UN-Charta, Genfer Konventionen, Europäischen Menschenrechtskonvention, UN-Kinderrechtskonvention, ILO-Kernarbeitsnormen verpflichtet.

Beteiligung in der Planung durch Bürger:innenräte

Wir wollen verbindliche Beteiligungsverfahren durch Bürger:innenräte schon in der Planungsphase (Wohnungsbau, Verkehr, Energie, Bildung), damit langer Streit vermieden wird und sich da die Planung zuallererst an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Dazu sind mehr öffentliche Sitzungen sowie leicht zugängliche Informationen über Prozesse, Protokolle und Kalkulationen notwendig.

16) Kultur, Sport, Kunst und öffentlicher Raum: Gelebte Freiheitsräume

Kultur und Kunst sind als selbstreflexive menschliche Praxis ein

Grundbedürfnis und sind für eine offene, demokratische Gesellschaft

unverzichtbar. Sie bieten die Sphäre, in der die geistige Nahrung bereitet wird, die kritisches, visionäres, gegenwarts- und zukunftsbezogenes Denken einen einzigartigen Raum bieten. Wir wollen deshalb die Ausübung finanziell unterstützen und den Zugang zu Kultur und Kunst erleichtern.

Wir setzen uns für vielfaltskulturelle Räume ein, die zugleich Freiheitsräume

sind. Sie sind komplex ineinander verwoben, erfüllt von einer Lebendigkeit, die in allen erdenklichen künstlerischen Ausdrucksformen zum Tragen kommt, welche auf diese Weise erheblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und einem friedlichen Miteinander beitragen.

Öffentlicher Raum: Palästinasolidarität zeigen

Als Symbol für eine neue, andere Berliner Politik wollen wir vor dem Roten Rathaus die palästinensische Flagge statt der israelischen hissen. Letztere symbolisiert die Politik des Bürgermeisters, der den Genozid in Gaza unterstützt. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen der Solidarität und beenden gleichzeitig jegliche materielle Unterstützung für Genozid, Apartheid und Besatzung.

Für alle: Freier Zugang zu kulturellen Institutionen

In einer Demokratie müssen Kunst und Kultur für alle frei zugänglich sein. Deshalb wollen wir den freien Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen für alle Menschen ermöglichen.

Kampf dem Prekariat: Kulturschaffende und andere Freiberufler absichern

Kulturschaffende und kleine Selbstständige müssen die Sicherheit haben, von ihrer wichtigen Arbeit auch ohne Sorgen leben zu können - insbesondere in Krisen wie der Coronapandemie. Wir wollen deshalb ihren Lebensunterhalt staatlich absichern. Dies gilt auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen außerhalb der Hauptsaison. In einem ersten Schritt müssen umgehend städtische Zuschüsse für Honorartätigkeiten bereitgestellt werden, um einen Mindestlohn auch im Bereich der Selbstständigen umzusetzen.

Gesellschaftlicher Klebstoff: Räume für Kennenlernen und Austausch

Wir wollen in den Stadtteilen kulturelle Angebote schaffen, die alle Schichten, Klassen und sonstigen Gesellschaftsgruppen vereinen, um ein entspanntes Zusammenleben zu ermöglichen. Diese Angebote benötigten öffentliche Räume. Dafür wollen wir Kulturimmobilien sichern und deren Verkauf verhindern.

Landesprogramm „Inklusiver Sport 2030“

Wir wollen ein Landesprogramm zum weiteren Aufbau barrierefreier Sportstätten und zur gezielten Förderung von Sport für Frauen, queere und trans Menschen und Menschen mit Behinderung. Mit Fokus auf Barrierefreiheit können zudem die Sanierung und energetische Modernisierung aller Sportstätten ebenfalls umgesetzt werden. Zudem wollen wir die Förderung von Ehrenamtlichen und Trainer:innen durch Stipendien, Weiterbildungsmöglichkeiten und Anerkennungssysteme verbessern.

Sport für alle Berliner:innen statt Kommerz

Wir wollen, dass mindestens 80 % der Landesmittel für den Basis-, Jugend- und Breitensport statt für kommerzielle Ligen und Events wie Olympia, NFL, NBA ausgegeben werden. Breitensport ohne einen massiven Wettkampfgedanken und Sport mit Spaß für alle muss das Ziel sein, ohne Druck für Kinder, dass sie Ergebnisse liefern müssen. Wir wollen deshalb einen kostenfreien Zugang zu Vereins- und Bewegungsangeboten für alle Kinder und Jugendlichen. Wir wollen Sport für alle Menschen und deren Bedürfnisse statt Großevents mit überkauften Tickets für wenige.

Öffentliche Orte gehören allen: Defensive Architektur verbieten

Defensive Architektur (Anti-Obdachlosen-Architektur; feindliches Design) ist eine Form der Gestaltung des öffentlichen Raums, des öffentlichen Personennahverkehrs, öffentlicher Gebäude, von Stadtmöbeln oder anderen Objekten. Sie zielt darauf ab, Aktivitäten wie Skateboardfahren, Graffiti-Sprayen oder den Aufenthalt von Menschen ohne Obdach und suchterkrankten Menschen zu verhindern. Da sie soziale Probleme verdrängt, ohne sie zu lösen, wollen wir sie verbieten.

Berlin Werbefrei: Werbemonitore abschalten

Werbung ist allgegenwärtig und im öffentlichen Raum unausweichlich. Besonders störend sind Werbemonitore mit animierten und bewegten Inhalten. Denn bewegte Bilder an der Peripherie unseres Gesichtsfeldes erregen automatisch Aufmerksamkeit und lösen ein erhöhtes Maß an Wachsamkeit und Stress aus, wodurch die Speicherung der Werbebotschaft gefördert wird. Diese Werbemonitore wollen wir abschalten und unterstützen das Volksbegehren "Berlin Werbefrei".

17) Bildung jenseits von Leistungsdruck und Selektion

Bildung ist wichtig, damit sich Menschen entfalten können. In der Schule sowie im Umgang mit Kindern und Jugendlichen muss Raum für die Entfaltung der Persönlichkeit vorhanden sein. Dabei sind Respekt, Vertrauen, Rücksichtnahme und die Achtung anderer Menschen wichtig.

Bildung muss mehr beinhalten, als sich im (Berufs)Leben zurechtzufinden und sich am (Arbeits)Markt zu behaupten. Menschen sollen nicht nur in der Welt bestehen, sondern sie aktiv mitgestalten können. Sie müssen Zusammenhänge begreifen und der Wirklichkeit mit Interesse begegnen. Bildung bedeutet, Potenziale und Perspektiven zu nutzen.

Bildung ist ein lebenslanges Projekt, das nicht mit dem höchsten Abschluss endet. Sie sollte sich sowohl an Heranwachsende als auch an Erwachsene richten. Es muss geprüft werden, ob und warum Menschen ausgeschlossen oder diskriminiert werden, wenn sie bestimmte Bildungsschwellen "verpassen". Wir setzen uns deshalb auch für die Stärkung der Erwachsenenbildung ein. Unser Ziel besteht darin, Menschen durch Bildung dazu zu befähigen, ihre Zukunft selbstbewusst und kreativ mitzugestalten.

Von klein auf: Ein gebührenfreier Kita-Platz für jedes Kind

Wir wollen sicherstellen, dass es in Berlin dauerhaft einen gebührenfreien Kita-Platz für jedes Kind gibt. Eine solche Versorgung ist für Eltern von zentraler Bedeutung, um ein angenehmes Leben mit Kindern zu gewährleisten.

Kindheit und Jugend muss Freizeit heißen

Die Kindheit und Jugend sind die wichtigste Entwicklungsphase. Wir wollen deshalb mehr Jugendfreizeiteinrichtungen zur Verfügung stellen, in denen Kinder und Jugendliche selbst und gemeinsam ihre Freizeit gestalten können anstatt einem Berg an Hausaufgaben aus der Schule.

Lehrer:innen: Ausgeruht, gut ausgebildet und bezahlt

Lehrer:innen sind aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen häufig gestresst und überfordert. Wir wollen deshalb mehr Raum und Zeit für den regelmäßigen kollegialen Austausch schaffen. Zudem muss mehr Zeit für Fort- und Weiterbildung vorhanden sein. Die Gestaltungsmöglichkeiten, die im engen Lernplan bisher nicht ausreichend gegeben sind, müssen geschaffen werden. Gleiches Gehalt, unabhängig vom Schulsektor, ist gerecht und muss für eine faire Bezahlung aller Lehrer:innen umgesetzt werden. Auch Quereinsteiger:innen verdienen das gleiche Gehalt und unbefristete Verträge, denn sie leisten viel und halten das System am Laufen. Am wichtigsten ist jedoch eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften. Wo sie fehlen, wollen wir sie umgehend ausbilden und einstellen.

Umfassend: Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen (inklusive kostenfreier Verpflegung) schaffen, denn alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, unabhängig von ihrer familiären Situation, versorgt zu werden. Schulbildung muss allen offenstehen. Durch das Zusammenleben in einer Gemeinschaft können Kinder

eigene Werte und Fähigkeiten erproben und erkennen. Hier können sie die Stärken einer vielfältigen Gemeinschaft im Alltag erfahren.

Neugierig: Alternative Schulen und Bildungsforschung fördern

Alternative Schulformen wollen wir tendenziell fördern, unterstützen und angemessen regulieren. Dasselbe gilt auch für den Bereich Bildungsforschung: Wir wollen untersuchen, welche Erkenntnisse sich von alternativen Schulkonzepten ableiten lassen und in das Regelschulsystem integriert werden können. Reinen Frontalunterricht wollen wir abschaffen.

Wahlfreiheit: Vielfältige Schulformen

Wir wollen uns für die Möglichkeit der freien Wahl von Schulen mit unterschiedlichen, bildungs- und sozialwissenschaftlich fundierten Konzepten zur Verfügung stehen. Das Angebot, wozu auch das Homeschooling zählt, sollte sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Die Wahl der Schule sollte zudem unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern sein.

Kreativ: Musische Bildung unterstützen

Wir wollen die musische Bildung an allgemeinbildenden Schulen sicherstellen und sie verbindlich im Fächerkanon verankern. Kunst- und Musikschulen wollen wir finanziell besser ausstatten. Mithilfe von Förderprojekten wollen wir sicherstellen, dass die musische Bildung allen offensteht.

Sport: Enge Zusammenarbeit mit Vereinen

Um das schulische Sportangebot an Schulen zu erweitern, wollen wir verstärkt mit Sportvereinen kooperieren. Manche Jugendliche empfinden Schulsport als Hürde, die so beseitigt werden kann. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, kostenfrei Sport zu treiben, denn Sport fördert die Gesundheit (psychisch und physisch) und entlastet das Gesundheitssystem.

Neugierig leben und lernen

Wir setzen uns für die Erkundung verschiedenster Lebens- und Lernbereiche, auch im außerschulischen Raum, ein und haben dazu viele Ideen. In den Blick genommen werden müssen die Bereiche Natur, Klima, Wetter, Jahresrhythmus, Stadt, Handwerk, Technik, Musik, Kunst, Wirtschaften, Theater, Naturwissenschaften, Gesellschaften anderer Länder und Regionen, Schriftstellerei, Internet, Religionen, Mythologie, Philosophie, Körper- und Gefühlswelt und viele weitere. Dies kann beispielsweise durch die Umsetzung von Projekten erfolgen, bei dem die Schüler:innen selbst aktiv werden, wie dem Bau eines Sonnenkollektors für die eigene Schule. Wir wollen das Lernen am Objekt und damit Eigenverantwortlichkeit und Selbstwirksamkeitserleben fördern.

Genügend Raum: Aktivität, Interaktion, Bewegung, drinnen und draußen

Wir betrachten die Schule als eine sozial ausgerichtete Institution. Regeln bilden dabei den äußeren Rahmen. Es gibt einen Toleranzraum, in dem Selbstbestimmung möglich ist und selbstbestimmte Interaktion gefördert wird.

Schule: Ein gemeinsamer Lernraum für die Vielen

Eine Schule für alle: Abschaffung der überholten Dreigliedrigkeit, gemeinsames Lernen bis Klasse 10, gleiche Chancen für jedes Kind. Schneller lernende Kinder/Jugendliche und individuelle Fähigkeiten sollen in ihren Bestrebungen unterstützt werden, aber Kinder mit Sprach-, Lern- und Ausdrucksschwierigkeiten gehören in die Gemeinschaft. Wir wollen uns auch für Angebote von altersgemischten Lerngruppen einsetzen, denn Ältere festigen ihr Wissen, wenn sie es an Jüngere weitergeben.

Auch in der Schule: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um die Familie sichtbarer zu machen, wollen wir Eltern in den ersten Schuljahren stärker einbeziehen, beispielsweise durch gemeinsames Kochen für alle. Dafür sind kleinere Schulklassen sowie eine Arbeitswelt, die die Verbindung von Familie und Beruf ermöglicht, Voraussetzung.

Lernen: Ein Leben lang

Kostenfreie Weiterbildung: Öffentliche Lernzentren, VHS-Cluster, Online-Kurse, berufsbegleitende Studienangebote, Ausbau dualer Studiengänge, Teilzeit- und Abendstudienmodelle. Lebenslanges Lernen als Grundrecht: rechtliche Verankerung in der Landesverfassung.

Demokratische, antirassistische und sichere Schule

Wir wollen mehr Selbstbestimmung für Schüler:innen und Antidiskriminierungskonzepte. Die Schulgemeinschaft soll eine gelebte, vielfältige Lerngemeinschaft sein, in der ein Bewusstsein für strukturelle Ungleichheiten geschaffen und deren Reduktion aktiv im Handeln umgesetzt wird. Mobbingprävention und trauma-sensibles Lernen sind dabei wichtige Bestandteile.

Fortschritt ermöglichen: Systemkritische Bildung fördern

Nur wenn wir Kinder, Jugendliche und Erwachsene in unserer Gesellschaft kritisch denken, kann sich unsere Gesellschaft positiv entwickeln. Deshalb wollen wir systemkritische Bildung fördern. Das bedeutet antikolonialen und antirassistischen Geschichtsunterricht, antikapitalistischen Wirtschaftsunterricht, die Dekolonialisierung der Umweltbildung sowie kritische Stadtkunde/Geografie mit Fokus auf lokale Kämpfe gegen Gentrifizierung und Diskriminierung. Um das zu erreichen, wollen wir Lehrmaterialien gemeinsam mit migrantischen und radikalen Initiativen entwickeln und die Integration indigener Wissenssysteme fördern. In Berlin leben Menschen mit Herkunft aus allen Ländern der Welt. Diesen Reichtum an Wissen wollen wir nicht weiter ungenutzt lassen.

Dekolonisierung der Wissenssysteme

Wir wollen eine plurale Erkenntnistheorie und den Abbau eurozentrischer, männlich-westlicher Dominanz in Lehre, Forschung und Berufung. Anstelle von Einheitsbrei benötigen wir pluriversale Wissensformen, wie beispielsweise afrikanische, asiatische, indigene, diasporische, feministische, queere und arbeit:innenorientierte Perspektiven, sowie Perspektiven von Menschen mit Behinderung. Wirtschaftslobbyisten, beispielsweise von Coca Cola oder Microsoft, haben in der Schule und als Sponsoren bei Vorträgen, auf Schulfesten und im Schulalltag nichts zu suchen.

Inklusive und neurodiverse Bildung als Standard

Schule und Universität müssen von Anfang an barrierefrei und inklusiv sein. Wir fordern die Abschaffung der sonderpädagogischen Aussonderung und den Aufbau eines gemeinsamen Lernens mit individueller Unterstützung. Neurodivergente Menschen erhalten eigene, selbstbestimmte Lernräume statt Pathologisierung. Digitale Barrierefreiheit und Gebärdensprache werden verpflichtend in allen Lehrmaterialien.

Kostenfreie und demokratische Universität

Wir wollen Lernmittelfreiheit und Zuschüsse für Studierende, sowie die Abschaffung aller Gebühren. Und die Universitäten müssen demokratisch verwaltet werden: Dazu wollen wir paritätische Universitätsräte mit Studierenden-, Mittelbau- und Bürger:innenvertretung einführen. Zudem wollen wir die Einrichtung eines Hochschulethikrats mit investigativer Befugnis bei Machtmissbrauch, Diskriminierung oder Nepotismus.

Digitale Souveränität und Barrierefreiheit in der Lehre

Wir brauchen endlich flächendeckendes WLAN und eine digitale Ausstattung an allen Schulen, öffentlich betriebene Open-Source-Schulplattform, IT-Support für alle

Interessierten sowie Datenschutz unter öffentlicher Kontrolle, damit digitale Bildungsangebote allen barrierefrei allen zur Verfügung stehen. Lernräume und Materialien müssen allen zugänglich sein, statt nur gegen Bezahlung vorhanden zu sein und von Tech-Konzernen kontrolliert zu werden, wie es aktuell oft der Fall ist.

Jede:r nach ihren/seinen Möglichkeiten: Flexibel Lernen

Wir setzen uns für den Ausbau von Teilzeit-, berufsbegleitenden und digitalen Studienformen ein. Nur flexible Studien- und Qualifizierungsmodelle ermöglichen auch Eltern/Alleinerziehenden oder in Teilzeit Tätigen den gleichen Zugang, insbesondere für berufliche Qualifikationen.

18) Gesundheit: Öffentlich, solidarisch, zugänglich

Die körperliche und psychische Unversehrtheit ist ein Menschenrecht und darf niemals zum Profitobjekt von Konzernen werden. **Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhäuser, Gesundheitspersonal und andere Dienstleister:innen des Gesundheitswesens ausschließlich von staatlicher Hand getragen werden.** Damit würde die Zweiklassengesellschaft in der Krankenversorgung verschwinden, wie sie durch eine private und gesetzliche Krankenversicherung entsteht.

Ohne Profitzwang, rückt der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens. So kann jeder Mensch mit der besten Qualität der Versorgung rechnen, unabhängig vom Einkommen. Darüber hinaus können so besonders für das Pflegepersonal gute Gehälter und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Versicherung: Berlin kümmert sich

Das bestehende lückenhafte System der gesetzlichen Krankenversicherungen wollen wir in Berlin umgehend durch die Einführung einer für alle Einwohner:innen offenen landeseigenen Krankenversicherung zur Gewährleistung erstklassiger medizinischer Grundversorgung ergänzen. Berlin kümmert sich um die Gesundheit

der Menschen mit der Berliner Gesundheitskasse. Sie richtet sich insbesondere an all jene, die aus dem bestehenden System der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung herausgefallen sind, auch undokumentierte Migrant:innen, Menschen ohne Obdach und überschuldete Personen. Bei Aufnahme in die Berliner Gesundheitskasse sollen keine Beiträge für die Zeit nachgezahlt werden müssen, in der die jeweilige Person unversichert war.

Gehalt: Mehr Geld für Sozial- und Dienstleistungsberufe

In Sozial- und Dienstleistungsberufen, in denen deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt sind, werden die Beschäftigten schlechter bezahlt als in technischen Berufen. Es wird Zeit, die Gehälter in Gesundheit und Pflege, Verkauf, Erziehung, Reinigung und Gastronomie bereits ab der Ausbildung deutlich zu erhöhen und anzugleichen. Das wollen wir auch in Berlin umsetzen.

Das A und O: Ausreichend medizinisches Fachpersonal

Ob im Krankenhaus, im Pflegeheim oder anderswo: Erstklassige Versorgung braucht ausreichend medizinisches Fachpersonal. Deshalb wollen wir uns umgehend darum kümmern und eine Ausbildungsoffensive starten. Diese muss sich vor allem an das Pflegepersonal richten. Mehr Fachpersonal führt dann auch dazu, dass ausreichend Zeit für zwischenmenschliche Aspekte (Ansprechpartner:in sein, regelmäßige Gespräche, Sorgen von Angehörigen anhören) und für kollegialen Austausch bleibt, was wiederum die Qualität erhöht.

Bezugspflege: Ganzheitlich umsorgen

In der Bezugspflege ist eine Pflegekraft pro Schicht für den Pflegeprozess eines/einer Patient:in sowie für alle organisatorischen Dinge und Begleitung bei Untersuchungen zuständig. Dadurch ist diese gut informiert und kann Ärzt:innen, anderem Fachpersonal, den Patient:innen selbst und deren Angehörigen umfangreich Auskunft geben. Wir wollen dieses Modell anstatt der sogenannten Funktionspflege fördern, da so der Überblick, die Verantwortlichkeit und die Sorgfalt erhalten bleiben.

Fürsorgliche Pflege für alle Berliner:innen

Für eine fürsorgliche Pflege setzen wir uns für verbindliche Personalstandards, faire Löhne und die Finanzierung von Weiterbildungen über Landesmittel ein. Zudem wollen wir den Ausbau von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen sowie die Förderung von Pflege-Wohngemeinschaften und Quartierspflegeprojekten. Pflegende Angehörige müssen durch Zuschüsse, Beratung und Entlastungsnetzwerke unterstützt werden. Ein zentraler Bestandteil ist außerdem eine kostenlose Ausbildung mit besseren Lehrbedingungen.

Wohlbefinden: Das meiste entscheidet sich im Kopf

Die Pandemie belastete Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche nachhaltig, sozial, emotional und körperlich. Belastungen bestehen aufgrund von Ängsten, finanzieller Not und Anforderungen an die Selbstorganisation in der Schule sowie durch Bewegungsmangel. Diese Sondersituation verlangt eine erhöhte Beachtung in der Gesundheitsversorgung. Lange Wartezeiten können psychische Leidenssituationen verschärfen. Wir wollen ausreichend Plätze für die psychotherapeutische Versorgung schaffen.

Gesundheit als Maxime: Profitorientiertheit abschaffen

Eine gute medizinische Versorgung sollte einzig dem Wohl und der Gesundheit der Patient:innen geschuldet sein und darf nicht fachfremden Kriterien folgen. Bei Krankheit begeben sich Bürger:innen in ein Abhängigkeitsverhältnis und müssen sich auf den medizinischen Rat vertrauensvoll verlassen können. Ärzt:innen, die behandeln, sollten sich nicht genötigt fühlen, andere als medizinisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen, die sie mit den Patient:innen besprochen haben. Wir setzen uns auf Bundes- und Länderebene für die Abschaffung von Profiten im Gesundheitssystem ein. Unser Ziel ist die Demokratisierung und Rekommunalisierung aller Berliner Kliniken und Pflegeheime.

Richtiger Fokus in der Ärzt:innenschaft: Gesundheit ist kein Produkt

Zur Gesundheitsversorgung gehört auch die ambulante ärztliche Versorgung in Praxen. Wenn Menschen dort zeitnah Termine bekommen, hat das auch eine präventive Wirkung und verringert Krankenhausaufenthalte. Eine gute Versorgung erfordert ausreichend Zeit für eine körperliche Untersuchung, eine umfangreiche Diagnostik sowie Zeit, um den Patient:innen zuzuhören und ihnen ihren Körper und seine Funktionen verständlich zu erklären. Die Ärzt:innenschaft ist nicht homogen und wird nicht gleich bezahlt. Oft wird die Medizin, in der Geräte zur Diagnostik und Behandlung eingesetzt werden, besser bezahlt als die zeitintensive, sprechende Medizin. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Bezahlung künftig nicht mehr nach den verwendeten Produkten, sondern dem Resultat richtet: der Gesundheit der Bevölkerung.

Gerechtigkeit: Medizin für alle Geschlechter

Wir wollen eine gerechte Medizin für alle Geschlechter: Die Gendermedizin. Medizinische Daten werden bis heute hauptsächlich von Männern und über Männer gesammelt, dem sogenannten Gender Data Gap. Die Tendenz, Männlichkeit als Norm zu definieren, beeinflusst bis heute die medizinische Forschung in fataler Weise, dadurch entstehen Diagnose- und Therapieempfehlungen, die für viele Geschlechter gesundheitliche Folgen haben können, da sie unwirksam und im schlimmsten Fall sogar gesundheitsgefährdend sein können. Wir setzen uns deshalb für eine geschlechtsspezifische Datenerhebung ein, die eine bessere medizinische Versorgung aller Geschlechter sichert.

Gute Versorgung im Kiez: Stadtteilgesundheitszentrum

Wir wollen den Ausbau von niedrigschwelligen Stadtteilgesundheitszentren mit muttersprachlicher Versorgung und psychosozialen Diensten. Mit einem Versorgungsplan stellen wir für alle eine wohnortnahe Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen sicher. Durch die öffentliche Finanzierung und den Betrieb im

kommunalen oder gemeinnützigen Rahmen, ist eine flächendeckende Versorgung möglich.

Barrierefrei zugänglich: Gesundheit für alle

Wir setzen uns für queer-sensible, rassismuskritische und barrierefreie Versorgungsstrukturen in Krankenhäusern, Ämtern und Pflegeeinrichtungen ein. Durch Dolmetsch- und Kulturmediationsdienste, die durch Landesmittel finanziert werden, ermöglichen wir eine schnellere Diagnostik und Therapie, verringern das Leid der Betroffenen und senken das Risiko für Fehlbehandlungen. Dazu braucht es auch Sonderprogramme für die psychische Gesundheitsversorgung und Psychotherapie für marginalisierte Gruppen zum Beispiel Menschen ohne Obdach, Geflüchtete, Menschen ohne Papiere, LGTBQIA*, Menschen mit Behinderungen sowie Betroffene diskriminierungsbedingter Traumata.

Prävention: Psychotherapeutische Angebote

Wir wollen den Ausbau kieznaher Angebote, sozialpsychiatrischer Dienste, 24/7-Krisendienste sowie psychotherapeutischer Kapazitäten. Suchterkrankungen müssen entkriminalisiert werden, damit der Fokus auf Gesundheit statt auf Strafe gelegt werden kann. Im Bereich der psychischen Gesundheit, Sucht und Prävention wollen wir Suchtpräventionsteams aufbauen und flächendeckende Substitutionsangebote bereitstellen. Aufklärung und Entstigmatisierung sind so möglich.

Neurodiverse Versorgung ausbauen

Wir setzen uns für den Ausbau neurodiverser Versorgungsstrukturen mit flächendeckenden Diagnostik- und Therapiezentren ein.

Recht auf selbstbestimmte Assistenz und Pflege

Gesundheit ist auch ein Recht auf selbstbestimmte Assistenz und Pflege. Wir fordern den massiven Ausbau der Persönlichen Assistenz im gesamten

Gesundheitswesen, damit Menschen mit Behinderungen ihre Unterstützung auch in Krankenhäusern und bei Behandlungen selbst bestimmen können. Die medizinische und pflegerische Versorgung muss durchgängig queer-sensibel, rassismuskritisch und behindertensensibel sein. Zwangsbehandlungen und Zwangseinweisungen lehnen wir ab.

19) Tierschutz und Ernährung: Solidarisch mit Mensch, Tier und Umwelt

Tierschutz muss auch in Berlin zum Standard werden. Dabei gilt es die Bedürfnisse von Menschen, anderen Tieren und der Umwelt in Einklang zu bringen. Das ist in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem schwierig, weshalb wir uns sowohl für Verbesserungen im aktuellen System einsetzen, damit Tiere weniger leiden, als auch für eine Transformation der bestehenden Systemverhältnisse.

Tierschutz braucht akribische Kontrolle

Wir fordern verschärfte Kontrollen gegen Tierquälerei sowie ein Verbot von Qualzuchten und Massenvermehrung. Denn nur wenn die Haltung von Tieren kontrolliert wird, kann Missbrauch verhindert werden. Auch Veterinärkontrollen in Betrieben und Restaurants sollten regelmäßig durchgeführt werden, damit wir saubere und hygienisch einwandfreie Nahrungsmittel zu uns nehmen.

Tierversuche sehen wir kritisch

Tiere dürfen genauso wenig wie Menschen zum Spielball "höherer" Interessen werden oder dem Profitprinzip zum Opfer fallen. Wir lehnen deshalb Tierversuche ab, bei denen Tiere zu Schaden kommen.

In Zoo und Zirkus: Strengere Auflagen

Für die Züchtung von Tieren und ihre Haltung in Zirkussen und Zoos brauchen wir strengere Auflagen, damit Tiere in einer für sie geeigneten Umgebung gehalten werden. Besonders Tierschutzverbände müssen hier unterstützt werden, damit sie die Durchsetzung der Regeln überwachen können.

Ernährung: Regional und ökologisch

Damit wir unsere Ernährung auch in Zukunft in guter Qualität für alle sicherstellen muss regionale, ökologische Produktion Priorität haben. Deshalb wollen wir bezahlbare, regionale vegane und vegetarische Alternativen in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen verpflichtend fördern.

Essenzielle Arbeit: Wir unterstützen den Tierheimeuro

Das Tierheim Berlin ist am Limit – und die Regierenden der Stadt lassen es allein. Jedes Jahr werden über 3.000 Tiere versorgt – Fundtiere, sichergestellte Tiere, Notfälle. Doch das Land Berlin zahlt dafür nicht genug. Die Forderung des Tierheims Berlin nach einer fairen Pauschale vom Senat unterstützen wir – den Tierheimeuro.

20) Digitalisierung: Für ein digitales Gemeinwesen

Die Digitalisierung und der technologische Wandel haben innerhalb weniger Jahrzehnte zur Herausbildung monopolartiger Strukturen in der Tech-Branche geführt. Wie wir arbeiten und kommunizieren, kreieren und konsumieren sowie unsere Gefühle und Gedanken ausdrücken, wird heute maßgeblich von den “Produktlösungen” allgegenwärtiger Digitalkonzerne gesteuert. Diese nutzen Netzwerkeffekte aus, um Wettbewerber klein zu halten und ihre Marktmacht zu konsolidieren. Anwender:innen zahlen dabei oftmals nicht mit Geld, sondern mit ihren Nutzungs- und Personendaten für die Inanspruchnahme digitaler Dienste. Ferner sind die Implikationen für die Meinungsfreiheit und den öffentlichen Diskurs hoch problematisch.

Wir verlangen eine Trendumkehr und wollen Berlin zum Modellstaat für technologische Souveränität entwickeln! Wir fordern die Programmierung und den dauerhaften Betrieb öffentlicher Digital-Applikationen (Software) im Bereich von Internet-Suchmaschinen, Messenger- und Social Media-Diensten, Online-Marktplätzen und weiteren, sowie deren Hosting auf landeseigenen Servern (Hardware) ohne die Beteiligung kommerzieller Anbieter.

Das so entstehende Ökosystem digitaler Anwendungen beruht auf den Prinzipien von Free/Libre Open Source Software (FLOSS), Datenportabilität und Interoperabilität und gewährleistet über die Aggregation einer für gemeinnützige Zwecke freigegebener Datenallmende einen Gegenentwurf zur kontemporären Kommodifizierung elektronisch erfasster Daten. Implementieren lassen sich auf diese Weise außerdem Instrumente der deliberativen Demokratie und internetgestützten Bürger:innenbeteiligung.

Technologische Souveränität: Rechenzentrumsbetreiber enteignen

Cloud-Computing und KI-Anwendungen gewinnen wirtschaftlich an Bedeutung. Die weltweit steigenden Rechenleistungsnachfrage lässt neue Data Centers wie Pilze aus dem Boden schießen. Auch in Berlin sind zahlreiche Projekte in Planung oder bereits in Bau. Der mit Errichtung und Betrieb verbundene enorme Strom-, Wasser- und sonstige Ressourcenverbrauch ist angesichts der zu erwartenden Umwelt- und Klimafolgen besorgniserregend. Ebenso sind die sozialen Folgekosten nicht zu vernachlässigen. Die aggregierte Serverinfrastruktur soll das Versprechen des unbegrenzten technologischen Fortschritts wahr machen. Angesichts dieser Unwägbarkeiten und der womöglich einschneidenden gesellschaftlichen Folgen ziehen wir die einzig richtige Konsequenz und fordern die Enteignung des physischen Kapitalstocks der hier ansässigen Rechenzentrumsbetreiber beziehungsweise gleich die Übernahme ganzer IT-Dienstleister durch die Stadt Berlin, damit die Bevölkerung in deliberativen Prozessen selbstbestimmt und demokratisch entscheiden kann, wie viel, wie schnell und welche Art von

technologischem Wandel sie sich wünscht, und welche Risiken sie dafür in Kauf nehmen will.

Einfache digitale Beteiligung für alle

Wir wollen, dass Berlin digitale Beteiligungsplattformen ausbaut. Das Vorbild Decidim in Barcelona hat gezeigt: sichere, barrierearme Online-Beteiligung mit nachvollziehbaren Ergebnissen ist möglich. Es gibt keinen Grund, moderne Technologie im Sinne der Menschen nicht auch in Berlin zu nutzen.